

Bulletin 4-2006

Dossier | Infrastrukturen in den Humanwissenschaften

Inhalt – Sommaire

Editorial

- 5 Investitionen wider den Reformstau in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Verbesserungswürdige Ressortforschung
9 Hinter den Kulissen. *Interview mit Andreas Tobler*
12 Ständeräte fordern in einem Postulat Massnahmen zugunsten der Geschichte
13 7. EU-Forschungsprogramm bereit für die Dezembersession
13 Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation: Tauziehen um Zahlen und Zuwachsraten
15 Die Nachwuchsförderung in den Humanwissenschaften lässt sehr zu wünschen übrig
Interview mit Joseph Jurt

SAGW-News-ASSH

- 19 Colloque «Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?»
21 SAGW-Medienpreis «Goldene Brille» für die Industriefilm-Reihe von Schweiz aktuell SF. *Erwin Koller und Martine Stoffel*
23 Frühjahrstagung der SAGW: «Open Access: Vom Prinzip zur Umsetzung»
25 Jahresbericht 2006
25 Auszeichnung für Beat Immenhauser

Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 26 Journée «Stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable: modeler l'avenir ensemble»
28 First IHDP Science-Policy Dialogue Symposium. *Lis Mullin*

Dossier | Infrastrukturen in den Humanwissenschaften

- 30 Infrastrukturen in den Humanwissenschaften
31 Forschungsinfrastrukturen der SAGW
33 Bestehende Infrastrukturen im Wandel. Neue Bibliotheksstrukturen. *Marion Prudlo*
35 Museumspolitik des Bundes

Impressum

Bulletin 4, Dezember 2006. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2600 Ex.

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Zürcher (mz), Erwin Koller (ek), Beatrice Kübli (bk), Martine Stoffel (ms), Nadja Birbaumer (nb), Daniela Ambühl (da)

Bilder: S. 9 Andreas Tobler; S. 17 SWTR; S. 19, S. 21 nb; S. 25 Clip Gallery, Word; S. 25 dq; S. 53 Archäologie Schweiz

Layout: Delphine Quadri (dq)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

- 37 Neue Projekte in den Geisteswissenschaften. Infoclio – eine digitale Infrastrukturoffensive. *Madeleine Herren und Susanna Burghartz*
- 39 Neue Projekte in den Sozialwissenschaften. ForS – zur Umsetzung bereit
- 41 ForS est-il nécessaire? *René Levy*
- 42 ForS – ein Schritt in die richtige Richtung. *Simon Hug*
- 43 Eine Chance für die Sozialwissenschaften. *Klaus Armingeon*
- 45 Die Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS) gehen ON-LINE
Hans-Ulrich Jost
- 47 Forschungsinfrastrukturen in Europa. Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland – Gegenwärtige Situation, zukünftige Projekte und wünschenswerte Entwicklungen. *Gert G. Wagner*
- 49 Humanwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen von europäischem Interesse

Mitgliedsgesellschaften – Sociétés membres

- 51 Zeiten des Umbruchs. *Erika Flückiger*
- 53 Wechsel im Präsidium der «Archäologie Schweiz». *Urs Niffeler*

International

- 54 Mises au concours prêtes à être lancées en décembre 2006. *Daniela Di Mare*

Publikationen – Publications

- 55 Médecine et sciences humaines. Sciences humaines en médecine: formation et collaboration
- 56 Christian Peter und Martine Stoffel: «Open Access und elektronische Publikationen»
- 57 Bestellschein – Bon de commande
- 58 Generalsekretariat

Editorial

Investitionen wider den Reformstau in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Die über Monate in Politik und Öffentlichkeit geführte Debatte über die angemessene Wachstumsrate des Forschungs- und Innovationsbereichs in den Jahren 2008 – 2011 hat sich erschöpft. Dies umso mehr als sich die Publikation der Forschungsförderungsbotschaft verzögert hat, folglich nicht bekannt ist, wofür die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden sollen. Zu Recht wird nun eine Diskussion über Inhalte gefordert. Was in den Geistes- und Sozialwissenschaften dringend Not tut, legen wir in diesem Bulletin dar.

Joseph Jurt gibt zu dem kürzlich vom Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) publizierten Bericht «Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz» Auskunft. Reformstau lautet die ebenso klare wie ernüchternde Diagnose: Die Defizite wie die Remeduren sind teilweise seit über einem Jahrzehnt bekannt, mit Zahlen und Fakten bestens untermauert, doch fehlt es am Willen, die seit langem empfohlenen Massnahmen auch umzusetzen. Hartnäckig hält sich die Vorstellung von den billigen Geistes- und Sozialwissenschaften, die als «Wandtafelwissenschaften» von Hörsaal und Kreide abgesehen angeblich zum Nulltarif zu haben seien. Die Kosten der ausgebliebenen Reformen und Investitionen tragen die Studierenden und der Nachwuchs. Nebst substantiellen Mitteln für eine verbesserte Betreuung der Studierenden, die das die universitäre Ausbildung auszeichnende, forschende Lehren

und Lernen erst ermöglichen, bedürfen die Geistes- und Sozialwissenschaften wie alle übrigen Wissenschaftsbereiche Infrastruktureinrichtungen. Die zentralen Funktionen, welche bei Letzteren Laboratorien erfüllen, werden bei Ersteren durch Inventare, Quelleneditionen und Dokumentationen abgedeckt. Diese Unternehmen führen Forschende aus verschiedenen Disziplinen zusammen, fördern damit die in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch wenig entwickelte, kooperative Forschung. Sie setzen bestehendes Wissen in einem kumulativen Erkenntnisprozess in Wert, eröffnen gerade auch dem Nachwuchs Qualifikationsmöglichkeiten und tragen nicht zuletzt zu der allseits geforderten Vermittlung und Sichtbarkeit wissenschaftlicher Produktion bei.

Wie wir im Dossier zu diesem Bulletin darlegen, ist die SAGW einer der wichtigen Träger von Infrastrukturen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie investiert denn auch einen beträchtlichen Teil ihrer Mittel in den Betrieb und die Entwicklung dieser Unternehmen. Entsprechend haben wir für diese Aufgabe robuste Mandate beantragt, denn obwohl die hohe Bedeutung und der Wert der hier portraitierten Unternehmen unbestritten sind, erfolgt ihre Finanzierung auf stets ungesicherter und prekärer Grundlage. Dies aus einem letztlich paradoxen Grund: Weil die Leistungen dieser Unternehmen nicht nur für Wissenschaft und Forschung, sondern für zahlreiche wei-

tere Bereiche von Relevanz sind, wird mit schöner Regelmässigkeit die Frage nach der finanziellen Zuständigkeit aufgeworfen. Während Europa im Rahmen des siebten Forschungsrahmenprogramms entschlossen ist, massive Investitionen in diesem Bereich zu tätigen, müssen wir uns erneut auf langwierige Diskussionen und Verhandlungen darüber einstellen, wer in welchem Umfang für die bestehenden Einrichtungen aufzukommen hat. Dies ist für die Betroffenen demotivierend und überdies risikoreich, da immer die Gefahr besteht, dass das eine oder andere Unternehmen zwischen Stuhl und Bank fällt. Nahe liegend ist es daher, die verschiedenen interessierten Amtsstellen sowie Lehr-, Forschungs- und Förderorganisationen in gemeinsamen Trägerschaften zusammenzuführen, wie dies die Akademie mit den Projekten «Forschungszentrum für die Sozialwissenschaften» (ForS) und infoclio.ch vorschlägt. Spätestens dann, wenn solche Lösungen durch Macht- und Prestigeansprüche einzelner Beteiligten gefährdet werden, sollten die politisch Verantwortlichen nicht zögern, alle daran zu erinnern, dass sie mit demselben öffentlichen Geld einen und denselben öffentlichen Auftrag wahrnehmen.

Unter negativen Vorzeichen hat die Geschäftsprüfungskommission des Na-

tionalrates in Erinnerung gerufen, dass die Wissensgesellschaft vor den Türen der Verwaltung nicht Halt macht und mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung nicht allein in den von der BFI-Botschaft erfassten Bereichen betrieben wird. Wir nehmen die Thematik der Ressortforschung des Bundes nicht in der Absicht auf, Kritik an einer Verwaltung zu üben, die sich auf Expertise stützt. Vielmehr stellt sich für uns die Frage, wie die akademische Forschung dieser Nachfrage besser entsprechen könnte. Ein möglicher Weg führt über Infrastruktureinrichtungen, die Problembereiche kontinuierlich bearbeiten und ihre Erkenntnisse rasch vermitteln, wie dies das Geschäftsmodell von ForS vorsieht. Opportunitäten bieten sich insbesondere dem in diesem Jahr aus der Taufe gehobenen Verbund der wissenschaftlichen Akademien der Schweiz, der sich die Früherkennung und den Wissenstransfer zu Kernaufgaben gemacht hat. Packen wir mit Ihrer Hilfe im Rahmen unserer Gesellschaften, Kommissionen und Foren die Chance!

*Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär*

Verbesserungswürdige Ressortforschung

(bk) Mit der Ressortforschung beschafft sich die Verwaltung Informationen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Seitens der Politik steht die Ressortforschung jedoch wegen mangelnder Transparenz und Koordination immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N) empfiehlt dem Bundesrat die Steuerung der Ressortforschung zu verbessern und die Ressortforschungskonzepte stärker ämter- und departementsübergreifend auszurichten.

Rund 250 Mio. Franken fliessen jährlich in die Ressortforschung des Bundes. Die von den einzelnen Bundesämtern selber durchgeführten oder in Auftrag gegebenen Forschungsaufträge sollen als Grundlage für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen dienen. Zudem untermauert die Ressortforschung die politischen Strategien des Bundes, indem sie neue Kenntnisse liefert oder bestehende vertieft. Ein politischer und strategisch wichtiger Forschungsbereich also, und dennoch wurde gerade die Ressortforschung in letzter Zeit immer wieder kritisiert.

Bildung und Forschung (SBF) verschiedene Instrumente entwickelt und eingesetzt wurden, welche den erkannten Mängeln begegnen sollen. Folgende Massnahmen wurden in den Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) für die Jahre 2000–2003 sowie 2004–2007 vermerkt: eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Akteuren, eine strategische und finanzielle Planung mittels Forschungskonzepten sowie ein Informations- und Qualitätssicherungssystem für mehr Effizienz und Transparenz in der Ressortforschung.

Ein Bericht bringt Licht

Im Auftrag der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (siehe Kasten) legte das Zürcher Forschungs- und Beratungsunternehmen «Landert Farago Partner» nun einen Bericht vor, welcher die Reformziele der Ressortforschung einer Bilanz unterzog. Auf dieser Grundlage formulierte die GPK-N verschiedene Empfehlungen an den Bundesrat. Der Bericht von Landert Farago Partner ist gemäss dem Mandat der PVK auf die verschiedenen Akteure sowie die Ressortforschungskonzepte fokussiert. Nicht weiter eingegangen wurde auf die Kritik bezüglich der

Die Ressortforschung in der Kritik

Die Vielfalt unterschiedlichster Forschungsthemen und die Beteiligung mehrerer Bundesämter machen die Ressortforschung unübersichtlich. Insbesondere die Koordination, Planung und Steuerung, aber auch die Transparenz der Prozesse sowie die Auftragsvergabe und die Nutzung der Ergebnisse in der politischen Entscheidungsfindung werden immer wieder hinterfragt. Dies führte dazu, dass aufgrund von Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates (SWTR) und des Staatssekretariats für

Auftragsvergaben und der Nutzung der Ergebnisse.

Grundsätzlich gibt es zur Ressortforschung im Sinne einer gezielten und von den Behörden bis zu einem gewissen Grad lenkbaren Wissensbeschaffung für die Zwecke des Bundes keine Alternative. Die Koordination zwischen den Ämtern kann jedoch verbessert werden. Zu diesem Zweck wurde der Steuerungsausschuss BFT geschaffen, welcher vom Direktor des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) und vom Direktor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) präsidiert und von einer Koordinationsgruppe unterstützt wird. Weiter soll die Datenbank ARAMIS (www.aramis.admin.ch) Transparenz zwischen den verschiedenen Forschungsaufträgen schaffen. Ausserdem wurden Politikbereiche festgelegt, für die jeweils ein Forschungskonzept auszuarbeiten ist. Gegenwärtig liegen für neun der zwölf Bereiche Forschungskonzepte in unterschiedlicher Qualität vor.

Gestützt auf die Evaluation von Landert Farago Partner kommt die GPK-N zum Schluss, dass die Ressortforschung rechtlich ungenügend verankert und gegenüber anderen Forschungstätigkeiten nicht ausreichend abgegrenzt ist. Dem Steuerungsausschuss fehlen die nötigen Kompetenzen, um Inhalte und Ressourcen in der Ressortforschung departementsübergreifend zu steuern. Trotz den Bestrebungen, die Konzepte nach Politikbereichen zu strukturieren, scheint

es weiter schwierig zu sein, die Ämterperspektiven zu überwinden. Hingegen eignen sich die im November 2005 erlassenen Richtlinien zur «Qualitätssicherung in der Ressortforschung des Bundes», um die Transparenz und Qualitätskontrolle im Bereich der Ressortforschung zu verankern. Noch nicht der Fall ist das bei der Datenbank ARAMIS, da eine zuverlässige quantitative Auswertung im Hinblick auf die Themenschwerpunkte der Forschungskonzepte kaum möglich ist.

Empfehlungen an den Bundesrat

Die GPK-N empfiehlt dem Bundesrat, die Ressortforschung rechtlich besser zu verankern und klar gegenüber anderen Instrumenten der Wissensbereitstellung abzugrenzen. Weiter soll geprüft werden, mit welchen Kompetenzen der Steuerungsausschuss ausgestattet werden müsste, um wirkungsvoll zu arbeiten. Die GPK-N fordert den Bundesrat zudem auf, die Ressortforschung konsequent auf die ämter- und departementsübergreifenden Politikbereiche auszurichten und unter dieser übergeordneten Sicht umzusetzen. Schliesslich empfiehlt die Kommission eine spätere Evaluation der Qualitätssicherung und Verbesserungen bei der Datenbank. Der Bundesrat soll bis Ende Dezember zu diesen Empfehlungen Stellung nehmen und gleichzeitig aufzeigen, mit welchen Massnahmen und bis wann er die Empfehlungen der GPK-N umsetzen wird.

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK)

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) ist das Kompetenzzentrum der Bundesversammlung für Evaluationen. Sie unterstützt die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (GPK) mit Expertisen im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht und führt auf Antrag aller parlamentarischen Kommissionen Wirksamkeitsüberprüfungen der Massnahmen des Bundes durch.

Die Evaluationsberichte der PVK finden in den Entscheidungsprozessen von Parlament und Exekutive vielerlei Verwendung. Sie sind Grundlage von Handlungsempfehlungen der GPK zuhanden der kontrollierten Organe und von parlamentarischen Vorstössen. Sie fliessen in die Revision von Gesetzen und Verordnungen ein und lösen Lernprozesse im Verwaltungshandeln aus. Die Berichte der PVK werden in der Regel veröffentlicht. Sie können bei der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, 3003 Bern, bestellt oder von ihrer Homepage unter www.parlament.ch heruntergeladen werden.

Hinter den Kulissen

Von Andreas Tobler, wissenschaftlichem Mitarbeiter der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, wollten wir Näheres zu den Hintergründen der Kritik an der Ressortforschung erfahren.

Beatrice Kübli: Aus welchen Gründen wird die Ressortforschung immer wieder kritisiert und hinterfragt?

Andreas Tobler: Bei der Ressortforschung handelt es sich um Forschung in mannigfaltigster Ausprägung, sei es was ihren Gegenstand, ihren Umfang, ihre Ausführungsart – intern oder extern – oder ihren Verwendungszweck betrifft. Das allein mag den Eindruck einer gewissen Willkürlichkeit erwecken. Zudem ist vielfach nur intern bekannt, wie viel Geld und Eigenleistungen in die einzelnen Forschungsprojekte fliessen. Solche Intransparenz ruft bei Aussenstehenden begründete Kritik hervor. Natürlich geht es auch um namhafte Budgets, was in Zeiten des Spardrucks generell Argwohn erzeugt – auch deshalb, weil der Nutzen eines



Andreas Tobler,
wissenschaftlicher
Mitarbeiter der
Parlamentarischen
Verwaltungskontrolle

bestimmten Forschungsprojekts nicht immer unmittelbar evident sein mag. Ressortforschung bestimmter Politikbereiche, ich denke da etwa an den Umwelt- und Energiebereich, kann ferner aus politischen Gründen unter Beschuss kommen. Schnell ist dann der Vorwurf da, das ein-

zige Ziel der Ressortforschung sei die Bestätigung der Haltung der Verwaltung. Schliesslich beauftragen verschiedene Bundesstellen regelmässig die gleichen externen Experten, haben, wie dann moniert wird, ihre Hoflieferanten. Das weist auf mangelndes Wettbewerbsbewusstsein hin, kann aber unter anderem mit dem engen Markt an Experten zu tun haben.

Sind die Bedenken bezüglich der Ressortforschung begründet?

Nicht alle, aber gewisse Bedenken sind schon begründet. Manche Ämter haben erst in den letzten Jahren damit begonnen, eine eigentliche Forschungsstrategie zu entwickeln. Der Zweck und die Rolle der eigenen Forschung im entsprechenden Forschungsumfeld waren kaum definiert. Die Mittelvergabe richtete sich oft an den gerade aktuellen Bedürfnissen der Abteilungen aus. Natürlich ist dies zum Teil auch durch ein Charakteristikum der Ressortforschung bedingt; sie muss ja immer wieder auf aktuelle, unvorhersehbare Forschungsbedürfnisse antworten. Ich denke da an SARS oder die Vogelgrippe.

Weiter überzeugte die Kommunikation der Forschungsabsichten und -resultate nicht überall. In der Vergangenheit wurden verschiedene Berichte aus der Ressortforschung nicht veröffentlicht, was unter den Transparenzgesichtspunkten natürlich schlecht ist.

Mit den Reformbemühungen in der Ressortforschung ist ab Ende der 1990er Jahre eine Besserung eingetreten; trotzdem wurden die Forschungskonzepte der ersten Generation, also jene für die Zeitspanne 2000–2003, in verschiedener Hin-

sicht kritisiert. Die Zuteilung von Mitteln auf bestimmte Zielsetzungen etwa war nicht verbindlich festgehalten. Das hat sich aber auch mit den neueren Forschungskonzepten nicht flächendeckend geändert, wie der Bericht von Landert Farago Partner aufgezeigt hat. Lange Zeit war die Qualitätssicherung in der Ressortforschung tatsächlich mangelhaft entwickelt. Erst Ende 2005 wurden diesbezügliche Richtlinien erlassen, die für die gesamte Ressortforschung des Bundes gelten.

Die Auftragsvergabe und die Nutzung der Ergebnisse stehen ebenfalls im Kreuzfeuer der Kritik. Dennoch liefert der Bericht hierzu keine Anhaltspunkte. Weshalb?

Die Ausschreibungspraxis in der Ressortforschung ist vereinzelt schon untersucht worden: mit kritischem Ergebnis. Viele Mandate werden direkt vergeben, das weckt den Vorwurf der Intransparenz. Die PVK hat in ihren Untersuchungsvarianten zur Ressortforschung diesen Aspekt beiseite gelassen, weil sie ein separates Projekt zum Thema Expertenbeizug beim Bund zur gleichen Zeit durchführte, in dessen Zentrum die Auftragsvergabe stand.* In diesem Projekt wurden insgesamt über 6100 Mandate aus dem Jahr 2004 mit Gesamtausgaben von rund 490 Millionen Franken überprüft. Davon entfielen rund 144 Millionen Franken auf Mandate im Bereich der politikorientierten Forschung und Beratung. Die Studie hat aufgezeigt, dass die Vergabe von Expertenaufträgen wenig wettbewerbsorientiert verläuft. Sechs von zehn Franken flossen in Mandate, die freihändig vergeben wurden.

Die Nutzung der Ergebnisse der Ressortforschung war tatsächlich eine Untersuchungsvariante, die die PVK der GPK vorgelegt hat. Die GPK hat sie allerdings – und auch mit guten Gründen – nicht zur Ausführung bestimmt. Methodisch wäre die Frage sehr anspruchsvoll zu beantworten gewesen und diffizil die Auswahl der Fallbeispiele. Die Bundesverwaltung weist in einschlägigen Publikationen immer wieder auf die Nutzung der Ressortforschung hin und nennt da auch konkrete Beispiele.

Was braucht es, um die Transparenz in der Ressortforschung weiter zu verbessern?

Eine wichtige Rolle spielt hier die Datenbank Aramis. Hier könnte noch ein höherer Level der Datenqualität erreicht werden, was aber eine stetig hohe Eingabedis-

ziplin bei den Verwaltungsstellen bedingt. Auch müssten nicht nur Inhalt, sondern auch Kosten eines Projekts öffentlich sichtbar sein; ein Punkt, über den heute die einzelne Verwaltungsstelle entscheiden kann. Zu vergebende Mandate sollten vermehrt allen interessierten Kreisen bekannt gemacht werden, wie das auch in den Richtlinien zur Qualitätssicherung festgehalten ist. Deren Umsetzung ist, wie es die GPK empfohlen hat, in zwei bis drei Jahren zu evaluieren. Auch die Datenbank Aramis müsste periodisch auf ihre Zielerreichung und Wirksamkeit geprüft werden. Schliesslich braucht es eine bessere rechtliche Verankerung der Ressortforschung und eine klare Definition, was Ressortforschung ist und was nicht.

Interview: Beatrice Kübli

**Der Bericht «Expertenbeizug in der Bundesverwaltung» ist inzwischen erhältlich unter www.parlament.ch/ko-au-gpk-experten-bundesverwaltung-anhang-pvk.pdf. Wir werden im nächsten Bulletin darüber und über die entsprechende Stellungnahme des Bundesrates berichten.*

Ständeräte fordern in einem Postulat Massnahmen zugunsten der Geschichte

Zusammen mit 17 Mitunterzeichnenden hat Ständerat Bruno Frick (CVP) am 4. Oktober des Jahres das Postulat «Zukunft des Historischen Lexikons der Schweiz und Verbreitung von schweizer-geschichtlichem Wissen in der Bevölkerung» eingereicht. Der Bundesrat wird eingeladen, Vorschläge für die künftige Aufbereitung, Vermittlung und Verbreitung der Geschichtskennntnisse über unser Land nach Abschluss der gedruckten Publikation des HLS (insgesamt 13 Bände) auszuarbeiten. Dabei sollen die bestehenden Defizite im Bereich der geisteswissenschaftlichen Infrastrukturen behoben werden. Begründet wird der Vorstoss mit der zentralen Bedeutung der Geschichte für die nationale Identität sowie der Notwendigkeit, im Bereich der Geisteswissenschaften Dokumentations- und Informationsdienste aufzubauen, die unter Nutzung der heutigen Kommunikationstechnolo-

gien verlässliche und aktualisierte Information zuhanden der Forschung wie der Bevölkerung bereitstellen. Entsprechende Vorschläge hat die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte in Zusammenarbeit mit der SAGW bereits ausgearbeitet und im Rahmen der Mehrjahresplanung 2008–2011 dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) vorgelegt. Unter dem Namen infoclio.ch soll eine Internetplattform aufgebaut werden, die historisches Wissen sammelt, vernetzt und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Zur Bedeutung dieser digitalen Infrastrukturoffensive im internationalen Kontext äussert sich Frau Professor Madeleine Herren, Mitglied der Projektgruppe, in diesem Bulletin (siehe Seite 37). Der im Rahmen der Mehrjahresplanung 2008–2011 eingereichte Antrag infoclio.ch kann unter www.sagw.ch (Portrait, Planung) eingesehen werden.

7. EU-Forschungsprogramm bereit für die Dezembersession

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBKN) stimmte dem Verpflichtungskredit über 2545,4 Millionen Franken für das 7. EU-Forschungsprogramm in den Jahren 2007–2013 mit 16 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Der Schritt von der projektweisen Beteiligung zur Vollbeteiligung der Schweiz als gleichberechtigtes assoziiertes Land wurde erst mit dem 6. Forschungsprogramm im Jahr 2000 erreicht. Die Kommission ist überzeugt, dass die Chance, sich im europäischen Forschungswettbewerb zu behaupten, weiterhin genutzt werden soll. Ein Rückweisungs-

antrag und ein Antrag auf Rückstellung bis zur Unterbreitung der BFI-Botschaft wurden abgelehnt.

In Ergänzung zum Bundesbeschluss soll ein Controllingssystem eingeführt werden, das sämtliche Indikatoren enthält, die nötig sind, um die Kostenwirksamkeit und die konkreten positiven Auswirkungen der Schweizer Beteiligung an den verschiedenen Programmen und Projekten (u. a. auf den Bekanntheitsgrad der Hochschulen, die Anzahl Patente, die Arbeitsplatzentwicklung, die Produktivität der betroffenen Unternehmen) zu ermitteln.

Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation: Tauziehen um Zahlen und Zuwachsraten

(mz) Bei Redaktionsschluss lag die BFI-Botschaft 2008–2011 noch nicht vor. Hingegen ist der Bundesrat auf seinen früheren Entscheid zurückgekommen und hat einem Wachstum des BFI-Bereichs um 6% zugestimmt. Nicht einig sind sich weiterhin die Parteien. Derweilen die Institutionen der Forschungsförderung ein Wachstum von 10% fordern, kritisiert das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die von ihnen zur Begründung ihrer Forderung herangezogenen Statistiken.

Am 20. Oktober fand in Basel der erste Nationale Bildungs- und Forschungsgipfel statt. Mit dieser erstmaligen Manifestation signalisierten die Forschungsförderungsinstitutionen der Schweiz den Willen, die sich stellenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen und ihre Anliegen geschlossen zu vertreten. Zuhanden der eidgenössischen Räte wurde eine Resolu-

tion verabschiedet, die vom Bund in den Jahren 2008–2011 jährlich 10% mehr Investitionen in die Bildung und Forschung verlangt. Hinter dieser Forderung stehen gemeinsam der Schweizerische Nationalfonds, die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, die Akademien der Wissenschaften Schweiz, die Konferenz der Fachhochschulen und der ETH-

Rat. Die Resolution wurde den Präsidentinnen der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur von National- und Ständerat, Nationalrätin Kathy Riklin und Ständerätin Anita Fetz, überreicht. Der Mittelzuwachs ist aus Sicht der BFI-Institutionen aus vier Gründen unabdingbar: Erstens müssen die Kürzungen von 1,3 Milliarden Franken aus der laufenden Vierjahres-Periode 2004–2007 kompensiert werden. Zweitens müssen die gesetzlich festgelegten Zusatzaufgaben finanziert werden (u.a. Berufsbildung, erweiterter Leistungsauftrag der Fachhochschulen, Bologna-Reform, Verdoppelung der Ausgaben für das EU-Forschungsrahmenprogramm). Drittens gilt es, die Zunahme der Zahl der Studierenden bewältigen zu können: In den Jahren 2008 bis 2011 werden rund 15 000 zusätzliche Studierende erwartet. Und schliesslich soll es möglich sein, wieder zukunftsgerichtete Forschung in neuen Themenfeldern anzupacken und so die Innovationskraft der Schweiz sichern zu können. Der Forschungs- und Hochschulplatz Schweiz, so die Resolution, lebe von der Substanz der vergangenen Jahrzehnte. Ohne deutliche Mehrinvestitionen drohe ein drastischer Abbau. Dies umso mehr, als kostenintensive Reformen anstehen und sich der globale Wettbewerb massiv verschärft hat. Die Akteure im BFI-Bereich wollen ihrerseits den Weg der Reformen hin zu effizienten und schlanken Strukturen, Abbau von Doppelspurigkeiten und Überkapazitäten konsequent weitergehen. Sie fordern aber auch, dass in der Bildungsverwaltung bei Bund und Kantonen entsprechende Reformen angepackt werden. Letztlich soll der Steu-

erzähler die Gewähr haben, dass die Mittel für Bildung, Forschung und Innovation koordiniert, transparent und wirkungsvoll für die Zukunft der Schweiz eingesetzt werden. Uneinig über die Höhe des notwendigen Mittelzuwachses sind sich weiterhin die eidgenössischen Räte und die politischen Parteien. Der Ständerat hat im Verlaufe der letzten Session eine Motion verabschiedet, die eine Erhöhung von 6% verlangt. Der Nationalrat seinerseits hat eine Motion, die ein Wachstum von 8% vorsieht, überwiesen. Unverändert plädiert die SVP für eine Wachstumsrate in der Höhe von 3,5%, die CVP in der Höhe von 6%, die FDP in der Höhe von 8% und die SP sowie die Grünen in der Höhe von 10%. Kritik übt mittlerweile das Finanzdepartement (EFD) an den von den Befürwortern einer substantiellen Erhöhung ins Feld geführten Zahlen und Statistiken. So treffe es nicht zu, dass die Schweiz mit einem negativen Wachstum der Forschungsausgaben in den Jahren 1995–2005 unter den OECD-Staaten auf den letzten Platz abgerutscht sei. Vielmehr weise die Schweiz für die beobachtete Periode ein jährliches Wachstum von 3,7% aus, womit sie sich auf Rang 8 knapp über dem OECD-Mittel bewege. Ebenso wird die Aussage in Frage gestellt, dass der BFI-Bereich gemessen an seinem Anteil am Bundesbudget seit 25 Jahren auf Rang sechs von sieben Politikbereichen verharren würde. Wichtige forschungs- und bildungsrelevante Ausgaben würden anderen Aufgabenbereichen zugeordnet oder gar nicht erst berücksichtigt, was die Rangordnung massiv verfälsche.

Die Nachwuchsförderung in den Humanwissenschaften lässt sehr zu wünschen übrig

Vor kurzem veröffentlichte der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) eine Schrift zu den «Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz». Darin fordert der SWTR Verbesserungen bei den Betreuungsverhältnissen, den kleinen Fächern, der Employability, den Infrastrukturen, der Grundlagenforschung, der Anzahl Doktorierender und bei den Forschungslaufbahnen. Die Probleme der Geistes- und Sozialwissenschaften sind nicht neu, und ähnliche Forderungen wurden bereits früher gestellt. Die SAGW wollte von Prof. Dr. Joseph Jurt, Vizepräsident des SWTR, Näheres zur Umsetzung wissen.

Beatrice Kübli: Herr Jurt, der SWTR identifizierte verschiedene Problembereiche bei den Geistes- und Sozialwissenschaften und schlug Massnahmen zur Verbesserung vor. Welcher dieser Bereiche hat Ihrer Ansicht nach Priorität und weshalb?

Joseph Jurt: Die Nachwuchsfrage. Die Förderung des Nachwuchses in den Geistes- und Sozialwissenschaften lässt sehr zu wünschen übrig. Das zeigt sich auf verschiedenen Ebenen: Zunächst einmal fehlen im Grundstudium Programme zur Förderung der Hochbegabten. Dann sind die Doktorierenden entweder Assistenten

eines überlasteten Professors oder gehen einer Teilzeitarbeit nach, um finanziell über die Runden zu kommen. Das führt dazu, dass das Durchschnittsalter der Doktorierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften mit 37 ausserordentlich hoch ist, und die Doktorate stagnieren in diesen Disziplinen, obwohl die Lizentiatsabschlüsse zunehmen. Und schliesslich ist die Habilitation ein Karriererisiko, da auch bei guten Leistungen eine Stelle in

der Universität keineswegs gesichert ist. Die Auswahlverfahren beim Beginn einer akademischen Laufbahn sind unklar. Die Stellen sollten nicht durch Professoren im Alleingang besetzt werden, sondern durch Kommissionen. Hier empfiehlt der SWTR das Tenure-Track-System.*

Man muss natürlich sehen, dass letztlich alle Bereiche zusammenhängen. Beispielsweise führen die Überlastquoten zu einem Qualitätsverlust bei Forschung und Lehre. Der Nachwuchs kann nicht angemessen gefördert werden, womit wiederum die Kräfte fehlen, um die Betreuungsverhältnisse zu verbessern. Und

schliesslich liegt es nicht nur am System. Ich habe manchmal den Eindruck, dass das «feu sacré», die Leidenschaft für die Wissenschaft, etwas verloren gegangen ist. Es ist, insbesondere in der Schweiz,

* Unter *Tenure Track* versteht der SWTR eine planbare Laufbahn mit mehreren, stufenweisen Selektionen, die für alle Beteiligten klar durchgebildet und mit nachvollziehbaren, transparent gehandhabten Kriterien angewendet werden.

nicht mehr leicht zu vermitteln, zugunsten der Wissenschaft auf vieles zu verzichten.

Die vom SWTR identifizierten Schwierigkeiten bestehen bereits länger. Gibt es erste Erfolge? Wenn ja, welche und in welchem Bereich?

Ein grosser Erfolg ist sicher, dass der Nationalrat ein BFI-Ausgabenwachstum von 8% unterstützt. Gemäss den CRUS-Vorgaben zur Bologna-Reform sollten auf eine Professur zwischen 20 und 40 Studierende kommen. Allein zur Umsetzung dieser Forderung müssten etwa 800 neue Professuren geschaffen werden, und eine Hochrechnung der CRUS hat ergeben, dass ein Ausgabenwachstum von 6% knapp reichen würde, um den Status quo zu wahren. Ein weiterer wichtiger Schritt waren die Förderprofessuren und das Pro*Doc-Programm des Nationalfonds. Das reicht bei weitem nicht aus, aber es ist ein Anfang.

Die geforderten Verbesserungen sind bei anderen Wissenschaften eine Selbstverständlichkeit. Haben Sie Erklärungen dafür, wie es zu dieser prekären Situation in den Geistes- und Sozialwissenschaften kommen konnte?

Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind Wandtafelwissenschaften. Im Gegensatz zu den exakten Wissenschaften braucht es keine von der Studierendenzahl abhängigen Einrichtungen wie beispiels-

weise Labors. Als die Zahl der Studierenden stieg, erhielten die exakten Wissenschaften zusätzliche Mittel und die Geistes- und Sozialwissenschaften grössere Hörsäle. Konkret nahm die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften zwischen 1980 und 2004 um 110% zu, während die Professuren in diesen Disziplinen lediglich um 48% anstiegen. Es wurde jedoch verkannt, dass der Erfolg des Studiums auch von den Betreuungsverhältnissen abhängt, und dass bei einer Überbelastung durch hohe Studentenzahlen die Synthese von Lehre und Forschung so für die Dozierenden nicht

mehr möglich ist. Dass die Betreuungsverhältnisse in mehreren Fächern bei den Geistes- und Sozialwissenschaften noch immer mangelhaft sind, liegt auch daran, dass es sich nicht um eine Krise der gesamten Universität handelt und dass den Geistes- und Sozialwissenschaften eine starke Lobby fehlt. Immer mehr Studierende entscheiden sich für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Doch das wird oft als Modetrend abgetan, statt dass man entsprechend der gestiegenen Nachfrage auch das Angebot erhöhte. Und das ausgerechnet von liberaler Seite, die sich sonst für das freie Spiel der Marktmechanismen einsetzt!

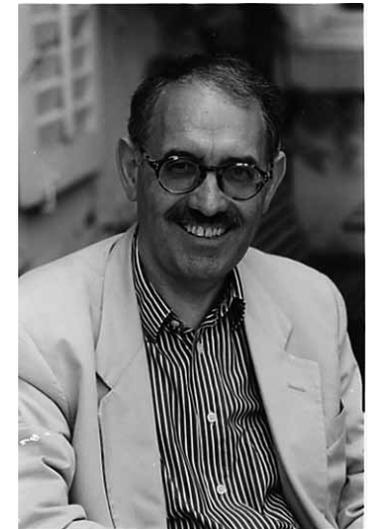
Das unterstützt die Vermutung, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften ein Imageproblem haben ...

Ursprünglich genossen die Geisteswissenschaften ein grosses Prestige. Sie waren

das eigentliche Studium generale, während beispielsweise die Medizin in erster Linie Berufsausbildung war. Wie überall gibt es auch bei den akademischen Disziplinen Trends. Nach dem 2. Weltkrieg stand die Physik im Zentrum des Interesses, heute sind das die *life sciences*. Aber es ist natürlich schon so, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht so spektakuläre und damit medientaugliche Forschungsergebnisse aufweisen können. Hingegen vertreten sie das Erbe der Aufklärung. Sie haben einen Bildungsauftrag, unter anderem indem sie verhindern, dass Geschehnisse verdrängt werden. Das sah man jüngst am Beispiel der Armenienfrage. Nur allzu schnell wird vergessen, dass es sich um Fakten handelt, die von der historischen Forschung ermittelt wurden, und nicht bloss um Meinungen. Durch die Erarbeitung gesicherten Wissens kann verhindert werden, dass es zu irrationalen Bewegungen kommt.

Eine Forderung des SWTR betrifft die Infrastrukturen. Inwiefern können die beiden Projekte der SAGW, das Forschungszentrum Sozialwissenschaften (ForS) und die Internetplattform zu den Geschichtswissenschaften infoclio.ch, zur Verbesserung in diesem Bereich beitragen?

Ich begrüsse diese Initiativen. Insbesondere die Verstetigung von Forschungsstrukturen im ForS scheint mir wichtig. Es macht Sinn, solche Strukturen auf Dauer anzulegen und nicht nur in einer kurzfristigen Perspektive. Etwas Analoges zu ForS sollte es auch für die Geisteswissenschaften geben.



Joseph Jurt, Vizepräsident des SWTR

Der Bericht tönt an, die SAGW würde sich als institutioneller Ort der Langzeitprojekte oder gar der Infrastrukturinstitutionen eignen. Welche Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur könnten zusätzlich von der SAGW betreut werden?

Nun, in erster Linie geht es um die Projekte, welche bereits jetzt durch die SAGW betreut werden, wie beispielsweise die Wörterbücher. Aber die SAGW könnte auch Langzeitprojekte ihrer Mitgliedsgesellschaften übernehmen. Wichtig ist vor allem Synergien zu schaffen und eine gute Koordination, welche verhindert, dass es zu inhaltlichen Überschneidungen kommt. Die SAGW kann Projekte bündeln und eine Plattform für den Austausch bilden.

«Die SAGW kann Projekte bündeln und eine Plattform für den Austausch bilden.»

Wie sehen Sie persönlich die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften?

Ich glaube natürlich an eine Verbesserung und bin überzeugt, dass eine gewisse Wende bereits eingesetzt hat. Langsam erkennt man beispielsweise, dass der Begriff des Lebens nicht nur auf eine biologische Basis reduziert werden kann, sondern dass historische und kulturelle Bedingungen eine wichtige Rolle spielen. Man sieht wieder vermehrt das Ganze.

Man wird sich bewusst, dass über ein digitales Denken nie alle Probleme erfasst werden können. Inzwischen gewinnen die Komplexität und auch das Paradox, welches letztlich das Leben ausmacht, wieder an Bedeutung.

Interview: Beatrice Kübli

Colloque «Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?»

(ms) Le 10 novembre 2006, l'ASSH, en collaboration avec la SCNAT, la SATW et le PNR 54, a organisé le colloque «Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?» à Berne au Kursaal (voir le dossier «Habiter la métropole suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?» du bulletin 3-2006). Bien cent trente participant(e)s ont répondu à l'invitation de l'ASSH et participé au colloque, ce qui prouve l'importance de la thématique. Le but du colloque était de poser un regard humaniste sur la thématique de l'aménagement du territoire avant de considérer les questions techniques, politiques et écologiques. Ces questions ont été abordées par le biais de quatre dimensions: «ville et campagne», «circulation et développement du territoire», «développement durable et esthétique», «outils et mise en œuvre».

Durant la dimension «ville et campagne», le professeur Vincent Kaufmann de l'EPFL a livré une perspective socio-historique sur la Suisse métropolisée à l'épreuve des Alpes. Il a souligné que les limites morphologiques entre ville et campagne s'estompent, que l'étalement urbain se développe et que la Suisse a besoin de ses trois centres métropolitains forts: au cœur de ces changements, la mobilité des personnes joue une rôle centrale. La Suisse ne peut pas pour autant être considérée comme une grande ville dans le sens d'une métropole: des «petits villages peuvent être considérés comme des zones urbaines. L'opposition ville-campagne n'est plus une clé de lecture appropriée dans le cadre de l'aménagement du territoire. Puis le professeur Peter Rieder de l'ETH a livré son analyse économique sur les changements dans l'espace de campagne suisse à l'aide de l'exemple du canton des Grisons. Il a souligné que le pouvoir d'achat dans le canton des Grisons ne suffit souvent pas à garantir sa survie économique sans capital extérieur. Il est donc essentiel de soutenir l'économie des régions montagnardes



Participant(e)s devant les posters

et d'y encourager l'implémentation d'entreprises qui peuvent apporter une haute valeur ajoutée.

Dans le cadre de la dimension «circulation et développement du territoire» Xavier Comtesse, directeur romand d'Avenir Suisse, a abordé la question du RER dans la métropole lémanique. Il a mis en évidence l'expansion de régions métropolitaines comme celle qui se constitue autour du lac Léman. Les études d'Avenir Suisse le montrent: Lausanne et Genève sont des villes jumelles aux éléments structurants identiques, avec des pendulaires dans les deux sens. La région a un avenir collectif, que la politique échoue à structurer pour cause d'un manque

énorme de vision politique. Selon Xavier Comtesse, un certain nombre de décisions doivent être prises concernant les infrastructures, la mobilité et la formation dans l'axe lémanique. Il est entre autres urgent d'y développer un réseau de trains régionaux comme le réseau de S-Bahn de la métropole de Zurich. Finalement, il a souligné l'importance, dans le contexte de l'aménagement du territoire, d'aspects contraignants en accord avec les volontés politiques. Le professeur Martin Schuler de l'EPFL a démontré à travers son «Atlas des mutations spatiales de la Suisse» les dynamiques territoriales de ces dernières décennies à l'aide des résultats de la statistique officielle. Des questions de définition se sont posées: l'urbanité doit-elle être mise sur pied d'égalité avec des questions de survies économiques? Qu'en est-il de l'aspect créateur? Il existe différents types d'urbanisme aussi bien dans les villes de Suisse que dans les régions dites «campagnardes» puisque la composante économique est similaire.

C'est à travers la dimension «développement durable et esthétique» que le professeur Peter Knoepfel de l'université de Lausanne a pu débattre des régimes institutionnels qui permettent une utilisation durable des ressources naturelles dans les agglomérations. Il a proposé une série de facteurs qui visent à diriger l'aménagement du territoire vers un développement durable: fixations de quotas globaux pour les ressources naturelles, mécanismes de décisions en accord avec le développement durable dans les agglomérations, modification des droits d'usage en cas de nécessité, transfert de certains droits, instances de monitoring et de sanction. Rainer Klostermann, architecte à Zurich, a présenté le

projet de la Glattalbahn. Il a démontré comment une agglomération peut être repensée et réorganisée de façon créative: la Glattalbahn aura une fonction de fil rouge qui s'étendra au sein de cette agglomération.

Enfin, durant la dimension «outils et mise en œuvre», Pierre-Alain Rumley, directeur de l'Office fédéral du développement territorial (ARE), a débattu des nouveaux instruments à disposition dans l'aménagement du territoire suisse. Plutôt que d'en créer de nouveaux, il faut optimiser les instruments existants quant à l'aménagement du territoire (plans directeurs cantonaux ou plans sectoriels par exemple). Le développement d'une vision de l'aménagement du territoire s'impose, dont le but serait de planifier, tout comme de travailler avec des moyens d'incitation plutôt qu'avec des interdictions. Le professeur Urs Müller, de BAK Economics Basel, a également insisté sur la nécessité de créer des incitations fortes en matière d'aménagement du territoire: le projet de la région métropolitaine «tri nationale» de Bâle «metrobasel» n'est réalisable que si la politique se voit contrainte à la réalisation de ses buts.

Les participant(e)s et les expert(e)s étaient unanimes: aussi longtemps que les aspects contraignants de l'aménagement du territoire manquent, et que ceux-ci ne sont pas en accord avec les politiques, l'aménagement du territoire peinera à se faire entendre. Les cantons ne sont plus les structures adéquates pour faire face aux questions d'aménagement du territoire, il faut envisager la problématique sous un angle global pour permettre à travers une politique fédérale une coordination nationale et cohérente en matière d'aménagement du territoire.



Die PreisträgerInnen der «Goldenen Brille»: **Georg Häsler**, freier Filmemacher und Journalist am Schweizer Fernsehen. Im Januar 2007 beginnt er in Bern mit dem Aufbau einer eigenen Ideenfabrik für Dokumentarfilme. Dr. **Yvonne Zimmermann**, Oberassistentin am Seminar für Filmwissenschaft der Universität Zürich. Dr. **Erwin Koller**, Präsident der Jury «Goldene Brille» und Vorstandsmitglied der SAGW.

SAGW-Medienpreis «Goldene Brille» für die Industriefilm-Reihe von Schweiz aktuell SF

(ek, ms) Die «Goldene Brille», der Medienpreis der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), geht dieses Jahr an die Filmwissenschaftlerin Dr. Yvonne Zimmermann und den Fernsehjournalisten Georg Häsler. Ausgezeichnet werden sie für die vierteilige Reihe «Zeitreise ins Landesinnere», die in der Sendung «Schweiz aktuell» des Schweizer Fernsehens ausgestrahlt wurde. Der Preis ist mit 10 000 Franken dotiert.

Die Jury zeichnet diese Reihe aus drei Gründen aus: erstens, weil eine Wissenschaftlerin und ein Journalist auf vorbildliche Weise zusammengearbeitet haben; zweitens, weil historische Dokumente, wissenschaftliche Analysen und Gegenwartsprobleme spannend aufeinander bezogen werden, und drittens, weil die Reihe beweist, dass wissenschaftliche Erkenntnisse auch in einem aktuellen

Magazin zum Tragen kommen und das Interesse des Publikums wecken können.

Zusammenarbeit zwischen Filmwissenschaftlerin und Journalist gewürdigt

Georg Häsler entwickelte für die Sendung «Schweiz aktuell» das Konzept für eine

vierteilige Serie «Zeitreise ins Landesinnere». Zusammen mit Yvonne Zimmermann wählte er geeignete Beispiele von Industriefilmen aus den 1930er bis 1960er Jahren aus: über die Giesserei Sulzer, über Wartungsarbeiten an alpinen Hochspannungsleitungen, über den ersten Trolleybus in Zürich und über die Schaumweinproduktion bei Mauser. Ausschnitte daraus konfrontierte Georg Häsler mit Reportagen aus der Gegenwart und mit wissenschaftlichen Erläuterungen von Yvonne Zimmermann, die so das oft abgewertete Genre des Industriefilms würdigen konnte. Die Spurensuche in der Gegenwart, von Georg Häsler als Videojournalist im

Alleingang gedreht, zeugt vom tiefen Strukturwandel der letzten Jahrzehnte, aber auch von der Beständigkeit der schweizerischen Eigenart.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse basieren auf dem Nationalfonds-Forschungsprojekt «Ansichten und Einstellungen: zur Geschichte des dokumentarischen Films in der Schweiz 1896–1964» des Seminars für Filmwissenschaft der Universität Zürich.

Ausgestrahlt wurde die vierteilige Reihe im November und Dezember 2005 in der Sendung «Schweiz aktuell» des Schweizer Fernsehens.

Die «Goldene Brille»

Die «Goldene Brille» würdigt die Arbeit von Medienschaffenden und von Forschenden, die ihre Arbeit zu einem geistes- oder sozialwissenschaftlichen Thema einer nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich machen. Die achtköpfige Jury besteht aus Journalistinnen und JournalistInnen sowie aus Wissenschaftlern der deutschen und der französischen Schweiz.

Frühjahrestagung der SAGW: «Open Access: Vom Prinzip zur Umsetzung»

Donnerstag, den 1. März 2007, Hotel Bellevue, Bern

(ms) Die wichtigsten schweizerischen Forschungsförderungsorganisationen haben am 23. Januar 2006 die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen unterschrieben. Durch die gemeinsame Unterzeichnung manifestieren die Forschungsförderungsorganisationen der Schweiz die geschlossene Unterstützung der Open-Access-Philosophie, nämlich einen möglichst offenen und kostenfreien elektronischen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen für alle Interessierten.¹ Der Stand der Umsetzung von Open Access sowie die Bedürfnisse und Probleme bei der Umsetzung sollen im Rahmen der Frühjahrestagung der SAGW diskutiert werden.

In einem **ersten Teil** der Tagung soll eine Übersicht zum Stand der Umsetzung von *Open Access* in der Schweiz gegeben werden. Gefragt wird insbesondere, ob die Entwicklung in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen – den Natur-, Technik-, Medizin-, Geistes- und Sozialwissenschaften – unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Ferner soll geklärt werden, ob sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften spezifische Probleme stellen.

Open Access wird in Europa in verschiedenen Projekten bereits umgesetzt: *Repositories* sind im Aufbau, Lehrstühle und Forschungsprojekte befassen sich mit der Thematik. Experten äussern sich in einem **zweiten Teil** zu den rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen, identifizieren die Probleme,

die es zu lösen gilt, und zeigen, was es im Sinne einer guten Praktik zu beachten gilt.

In einem **dritten Teil** stehen die Erwartungen und Bedürfnisse der Praktiker im Vordergrund. An Hochschulbibliotheken werden *Repositories* aufgebaut. Anhand der Beispiele ZORA der Universität Zürich und RERO des Westschweizer Bibliotheksverbundes wird dargelegt, was der Implementierung hinderlich und was förderlich ist.

In einem **vierten Teil** gilt es zu fragen, welche konkreten Handlungsmöglichkeiten die einzelnen Akteure haben. Der zu leistende Beitrag der Fakultäten, Bibliotheken, Forschenden, Forschungsförderungsinstitutionen und Verlage wird formuliert, und Experten überlegen, ob und welche «Leading-Institutions» für

¹ Nach der Universität Zürich als erstunterzeichnender Institution der Schweiz haben am 23. Januar 2006 u.a. die Akademien der Wissenschaften Schweiz (ehemalig: CASS), die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS), der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF), die Konferenz der Fachhochschulen Schweiz (KFH) sowie die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (SKPH) die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen gemeinsam signiert. Bisher wurde diese Erklärung von 183 Institutionen (letzter Eintrag: 18. Oktober 2006) unterschrieben. Siehe <http://www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/berlindeclaration.html>.

die Koordination notwendig sind. Nächste Schritte zur Umsetzung von *Open Access* werden formuliert. Zudem nehmen der Schweizerische Nationalfonds (SNF), die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) und das Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken Stellung zu den Umsetzungsmöglichkeiten und nächsten Schritten.

Hintergrund

In der Regel sind wissenschaftliche Informationen durch öffentliche Mittel subventionierte Ergebnisse der Wissensproduktion. Als Gemeinschaftsgut sollen sie ohne Nutzungsentgelt zugänglich sein. *Open Access* hilft gleichzeitig, Zugangsschranken zum Wissen abzubauen, generiert und stimuliert damit neue Forschungsideen.

Die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen ist aus verschiedenen Gründen entstanden: Einerseits zwingen die zunehmenden Preise für Zeitschriftenabonnemente Bibliotheken zu immer mehr Abbestell-Aktionen und dazu, mit anderen Bibliotheken beim Bestandsaufbau zu kooperieren. Andererseits können Forschende und AutorInnen die benötigte Forschungsliteratur nicht mehr konsultieren, und die Arbeit von WissenschaftlerInnen ist nicht mehr sichtbar. Verlage

verlangen überdies, dass AutorInnen ihre Rechte abgeben, womit ihnen weitere Publikationswege und Diffusionsmöglichkeiten verbaut werden.

Institutionen, welche *Open Access* umsetzen möchten, sollten im Wesentlichen eine Politik verfolgen, welche Forschende ermuntert, eine Kopie ihrer veröffentlichten *Peer-Reviewed*-Artikel auf einem *Open-Access*-Server – auch *Repository* genannt – zur Verfügung zu stellen, sofern dem keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen. Die Finanzierung erfolgt z.B. durch den Autor selbst oder durch eine Forschungsförderungsinstitution. Diese Selbstarchivierung wird als grüner Weg zu *Open Access* bezeichnet. Zudem sollten sie ihre Artikel in einer *Open-Access*-Zeitschrift publizieren können – der goldene Weg zu *Open Access*.

In der Schweiz sind an Universitätsbibliotheken Projekte zu *Open Access* im Gang. Als Beispiele zu erwähnen sind die digitale Bibliothek des Westschweizerischen Bibliotheksverbundes RERO DOC (<http://doc.rero.ch/?In=de>), der frei zugängliche *Repository* der Universität Zürich ZORA mit wissenschaftlichen Beiträgen (www.zora.unizh.ch, noch nicht freigegeben. Aktueller Dissertationenserver: <http://www.dissertationen.unizh.ch>) sowie die Plattform Alexandria der Universität St. Gallen (<http://www.alexandria.unisg.ch>).

Anmeldung für die **Tagung «Open Access: Vom Prinzip zur Umsetzung»** ab Dezember 2006 via Internet möglich (www.sagw.ch). Das definitive Programmheft mit Talon und Einzahlungsschein für die Teilnahmegebühren kann **ab dem 10. Januar 2007** im Generalsekretariat der SAGW bestellt werden.

Für Informationen: martine.stoffel@sagw.ch. Tel.: 031 313 14 55/40.

Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt; die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

Jahresbericht 2006

Früher als in den vergangenen Jahren wurden Ende Oktober die Mitgliedergesellschaften, Unternehmen, Kommissionen und Kuratorien der SAGW gebeten, den Jahresbericht 2006 zu verfassen. Neben dem Bericht benötigen wir auch eine aktuelle Adress- und Delegiertenliste. Neu wollen wir im Jahresbericht 2006 die Fotos von den PräsidentInnen unserer Mitgliedergesellschaften abbilden. Wie bereits im letzten Jahr sind die Unterlagen auch auf www.sagw.ch/jahresbericht zu finden. Termin für die Mitgliedergesellschaften und Unternehmen ist der 15. Dezember, für die Kommissionen und Kuratorien der 12. Januar 2007.



Köpfe gesucht: Mit Fotos der PräsidentInnen wollen wir den Mitgliedergesellschaften ein Gesicht geben.

Bestellformulare werden den Geschäftsstellen und den Sekretariaten per Mail zugestellt. Bestellschluss ist wie üblich der 15. März 2007.

Auszeichnung für Beat Immenhauser

Beat Immenhauser, seit Anfang September wissenschaftlicher Mitarbeiter in der SAGW, erhält den Paul und Gertrud Hofer-Wild-Preis 2006 für seine Dissertation «Bildungswege – Lebenswege. Die Universitätsbesucher aus dem Bistum Konstanz im 15. und 16. Jahrhundert». Der Preis wird jährlich für eine Promotion an der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern zum Dr. phil. verliehen, die sowohl für die Dissertation als auch für die Doktorprüfung die Höchstnote summa cum laude erreicht hat. Wir gratulieren ganz herzlich!



Beat Immenhauser, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion III

Journée «Stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable: modeler l'avenir ensemble»

(ms) Lors de la journée «Stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable: modeler l'avenir ensemble» du 30 août dernier, l'Office fédéral du développement du territoire ARE a invité les principaux acteurs extérieurs à l'administration fédérale afin de leur donner l'occasion d'exprimer leurs idées, opinions ou besoins concernant les expériences faites avec la Stratégie actuelle et en vue de la nouvelle Stratégie. Les participants, parmi lesquels l'ASSH et des membres de sa Commission développement durable, ont notamment souligné la nécessité d'une approche orientée vers les ressources et le besoin d'indicateurs pour une démarche de développement durable et son évaluation concrète.

La «Stratégie développement durable 2002» du Conseil fédéral vise à intégrer les principes du développement durable dans le plus grand nombre de politiques sectorielles de la Confédération. La politique de développement durable du Conseil fédéral au cours des prochaines années y est définie. Les lignes directrices de cette politique comprennent dix domaines d'interventions avec au total 22 actions. L'élaboration et la mise en œuvre de cette Stratégie est le fruit des travaux du Comité interdépartemental pour le développement durable CIDD.

Parallèlement à la mise en pratique de la Stratégie et en vue de présenter une évaluation de cette dernière à la fin de la législature 2004–2007, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC de présenter une évaluation de la Stratégie à l'aide du système d'indicateurs MONET (monitoring du développement durable). Sur la base de cette évaluation qui inclura notamment des bases de stratégies européennes, une nouvelle stratégie sera for-

mulée et développée. Elle sera mise en œuvre au début 2008.

Les commentaires et suggestions des principaux acteurs extérieurs à l'administration fédérale émis à la journée «Stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable: modeler l'avenir ensemble» seront également intégrés à l'évaluation du DETEC et influenceront la mise sur pied de la nouvelle Stratégie du Conseil fédéral. Ces commentaires étaient variés, mais les remarques comprenaient les idées principales suivantes:

- La nouvelle Stratégie devrait se baser sur la nécessité d'une approche orientée vers les ressources disponibles et non plus sur «le modèle des trois cercles Société, Environnement et Economie» (modèle de la Commission Brundtland ou Commission mondiale de l'environnement et du développement). Elle devrait s'intégrer dans une politique globale des ressources.
- Les facteurs d'évaluation et les indicateurs pour la présentation et diffusion des observations devraient être con-

crets et permettre des résultats. La nouvelle Stratégie devrait posséder un cadre de référence qui se base sur les indicateurs MONET.

- La nouvelle Stratégie devrait comporter un certain nombre d'éléments contraignants qui provoquent des résultats concrets. Pour cela, elle devrait être intégrée dans des processus politiques.
- Une réforme du système fiscal orientée vers l'écologie devrait permettre de rendre certains buts de la Stratégie contraignants.
- L'aspect de la croissance économique devrait être abordé dans la Stratégie.

En janvier 2007, le Comité interdépartemental pour le développement durable (CIDD) publiera des contributions fondamentales en vue de l'élaboration de la nouvelle Stratégie du Conseil fédéral. Ces contributions seront mises en consultation

auprès entre autres de l'Office fédéral de l'environnement OFEV, de l'Office fédéral de la santé publique BAG, de l'office fédéral de la culture OFC et de la Direction du développement et de la coopération DDC. Le Secrétariat d'Etat à l'économie SECO s'est retiré de l'équipe de consultation, mais en a fait partie lors de la mise en consultation de la Stratégie 2002. D'ailleurs, nombreuses ont été les voix qui plaident pour le retour du SECO dans l'équipe de consultation lors de cette journée. A la fin 2007, le Conseil fédéral publiera sa nouvelle Stratégie développement durable.

Liens utiles:

www.ave.admin.ch

www.uvek.admin.ch

www.ave.admin.ch/ave/fr/nachhaltig/strategie/index.html

First IHDP Science-Policy Dialogue Symposium

Berne, Switzerland, 21-22 September 2006

Lis Mullin, Conference Manager International Human Dimensions

Background: IHDP's 'Coming of Age'

Over its first ten years, IHDP has consolidated important scientific findings in global change research in our main thematic areas, through various core research projects: human security, the role of institutions and policy-making processes, land cover changes, coastal zones, water management, urbanization and industrial transformation, to name a few prime examples. IHDP is now on the verge of consolidating this first phase and entering phase II of its work, where a concerted effort is being made to reach out to the needs of the policy arena on a national, regional and international level. Issues surrounding the human dimensions of global environmental change – vulnerability and adaptation, institutions and governance, thresholds and transitions, knowledge and social learning, etc. – coincide particularly well with current international agendas pertaining in particular to the Millennium Development Goals and the UN Decade for Education for Sustainable Development, among other examples. It is our goal to take advantage of the momentum from various recent meetings and international conferences, and continue these discussions in a concrete way at the regional level. Thus IHDP is deliberately focusing its attention on the nexus between science and policy/practice as one of its three major issues for the next decade as we enter the next phase of our work.

The Berne Symposium was the first meeting of its kind and as such was a great success. IHDP envisages holding a series of workshops in the upcoming years along similar lines, bringing together key representatives from the scientific and policy/practice communities. These forums aim at identifying gaps, increasing exchange and communication and showcasing IHDP's ability to address and answer questions of societal relevance. The Berne Symposium attracted an audience of 40 selected personalities, both from science and policy arenas. Concretely, representatives of 5 IHDP national committees or IHDP national focal points attended, as well as members from other research institutes and representatives of UN agencies and international NGO's not yet affiliated formally with IHDP, such as IUCN. The meeting was held at the premises of the Swiss National Science Foundation (SNF), which kindly sponsored and logistically supported this meeting.

The participants both listened to thought-provoking key note presentations on the science-policy interface, such as the opening by Oran R. Young (Chair of the IHDP Scientific Committee), and also became actively involved in three thematic working groups, representing IHDP's core research agendas: climate change and energy; adaptive water governance; and land use, human settlements, and urban growth. While the first day ela-

borated more on general challenges to bridge the gap between the "two communities", the second day was devoted to identifying concrete processes, topics, pitfalls, and particularly IHDP's niche within this field of work. In the end, the "Berne Summary" – containing the major findings of the workshop – was presented and discussed in plenary. This summary addresses types of research products that could foster the exchange between science and policy, focuses on policy processes and urges to identify "impact pathways"

for effective engagement. Furthermore it puts a lot of emphasis on "concrete mechanisms", such as strategic alliances of IHDP and other players in this field as well as ways to institutionalize this work within IHDP. Finally, it names very concrete follow-up activities for successful work, such as several meetings in Europe about Science-Policy Dialogues. IHDP will strive to maintain the momentum and spirit of Berne for an interesting series of effective workshops and dialogues!

Infrastrukturen in den Humanwissenschaften

In seinem Bericht «Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften» (siehe auch das Interview mit Prof. Jurt auf Seite 15 ff.) fordert der SWTR unter anderem die «Sicherung der Infrastrukturen für eine starke Forschung». Die SAGW ist heute eine der wichtigsten Träger von Infrastrukturen und Langzeitprojekten in den Humanwissenschaften. In der Überzeugung, dass diese Einrichtungen für einen kumulativen Wissensfortschritt unabdingbar sind, eine wichtige Voraussetzung für kooperative Forschung schaffen und überdies der Förderung des Nachwuchses sowie der Vermittlung dienen, setzt sich die SAGW seit langem für diese

Unternehmen ein. Sie hat denn auch in ihrer Mehrjahresplanung 2008–2011 beim Staatssekretariat für Bildung und Forschung beantragt, ihr für diese wichtige Aufgabe robuste Mandate zu erteilen. Nebst den bereits von ihr betreuten Unternehmen initiierte sie kürzlich auch die beiden Projekte Forschungszentrum Sozialwissenschaften (ForS) und infoclio.ch. Im vorliegenden Dossier werden die vier Aspekte «Bestehende Infrastrukturen im Wandel», «Neue Projekte in den Geisteswissenschaften», «Neue Projekte in den Sozialwissenschaften» und «Forschungsinfrastrukturen in Europa» betrachtet.

Forschungsinfrastrukturen der SAGW

Mit ihren Unternehmen und Langzeitprojekten stellt die SAGW bereits eine Vielfalt von Infrastrukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften zur Verfügung:

- Das «Historische Lexikon der Schweiz» (HLS) ist ein wissenschaftliches Nachschlagewerk, das die Geschichte auf dem Gebiet der heutigen Schweiz von der Urgeschichte bis zur Gegenwart in allgemein verständlicher Form darlegt. Es ist das weltweit einzige wissenschaftliche Lexikon, das gleichzeitig in drei Sprachen erscheint, nämlich in den Schweizer Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch. In rund 36 000 Artikeln dokumentiert das HLS die Schweizer Geschichte. Das umfangreiche Referenzwerk kann auch online genutzt werden: www.dhs.ch.
- Der «Schweizerische Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften» (SIDOS) unterhält zwei Online-Datenbanken (www.sidos.ch). Das Verzeichnis der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt einen Überblick über die aktuelle Forschung und enthält Beschreibungen von 5000 Projekten aus allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Der Datenkatalog enthält die Liste der im Datenarchiv verfügbaren Datensätze und informiert über Forschungsthemen, Methodik und Bezugsquellen.
- Die «Jahrbücher Schweizerische Politik» bieten seit 1965 eine präzise, sachliche und konzentrierte Darstellung der politischen Entwicklungen, Ereignisse und Auseinandersetzungen auf Bundes- und Kantonebene. Als umfassende Gesamtschau der politischen Ereignisse im Berichtsjahr erlaubt das Jahrbuch einen raschen Zugriff auf detaillierte Informationen über sämtliche Politikbereiche. Es wird insbesondere von Verwaltungsmitarbeitenden sowie PolitikerInnen benutzt. Die Publikation ist nach Sachgebieten geordnet; sie ist zum Teil deutsch, zum Teil französisch abgefasst.
- Das «Inventar der Fundmünzen der Schweiz» (IFS) ist ein Dokumentations- und Informationszentrum, in dem die numismatischen Quellen – Münzfunde und relevante Dokumente – der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein erfasst und dokumentiert werden. Das IFS stellt seine Datenbank für wissenschaftliche Recherchen zur Verfügung (www.fundmuenzen.ch).
- Die «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) bieten neue Informationen zu den internationalen Beziehungen der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind aufschlussreich für die Geschichte der Diplomatie und der Aussenpolitik unseres Landes und helfen, innenpolitische Ereignisse und Tendenzen besser zu verstehen. Die Datenbank «DoDiS» (www.dodis.ch) enthält Informationen zu Dokumenten, Personen, Organisationen und geographischen Bezeichnungen (siehe auch den Bericht zur neuen Datenbank auf Seite 45).
- Die «Kunstdenkmäler der Schweiz» (KDS) sind eine der bedeutendsten

nationalen Kunsttopographien. Von hoher wissenschaftlich-kultureller Bedeutung, halten sie zugleich für Behörden sowie für öffentliche und private Planungsinstanzen ein unentbehrliches Werkzeug bereit. Das Institut für Schweizerische Kunstgeschichte produziert, im Auftrag der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, zwei Bände pro Jahr (www.gsk.ch).

- Die vier «Nationalen Wörterbücher»: das sind das Wörterbuch der Schweizerdeutschen Sprache (auch «Idiotikon») mit Sitz in Zürich, das Glossaire des patois de la Suisse romande (in Neuchâtel), das Vocabolario dei dialetti della Svizzera Italiana (Bellinzona) und das Dicziunari Rumantsch Grischun (Chur). Alle vier widmen sich als Dialektwörterbücher der Aufgabe, die unterschiedlichen Varianten der Standardsprache(n) zu erklären, dokumentieren und zu belegen. Alle vier Werke sind noch in Erarbeitung, das älteste, das Idiotikon, erschien erstmals 1881 und wird vermutlich 2020 fertiggestellt sein. Die Wörterbücher werden von vier Redaktionen erarbeitet, die sich auf umfangreiche Wort- und Belegsammlungen stützen. Die Aufbereitung dieses Materials ist sowohl Sammlungs- als auch Forschungstätigkeit und erschliesst einen sprachlich wie auch historisch und volkskundlich wertvollen Fundus.

- Kernaufgabe der Arbeitsstelle Schweiz des «Répertoire International des Sources Musicales» (R.I.S.M.) ist die Dokumentation musikalischer Quellen, die in Bibliotheken, Archiven, Klöstern und Privatsammlungen der Schweiz überliefert sind. Bis heute hat die Arbeitsstelle über 27 000 Drucke und über 33 000 Musikmanuskripte aus fünf Jahrhunderten (1500 bis 2000) dokumentiert. Seit Januar 2005 verfügt die Arbeitsstelle über eine eigene, kostenlos zugängliche Datenbank. Forschungsgrundlagen werden in dieser Weise auf der Grundlage international verbindlicher wissenschaftlicher Normen bereitgestellt und ein zentrales Kulturgut vermittelt und verbreitet.
- Das «Corpus Vitrearum» befasst sich mit Glasmalereien und genießt hohe internationale Reputation. In den Jahren 2008–2011 sollen die Glasmalereien in den Kantonen Schaffhausen, Solothurn und Bern aufgearbeitet und in drei Bänden publiziert werden. Es verfügt überdies über ein eigentliches Kompetenzzentrum in Romont (FR), das weit über die Landesgrenzen hinaus strahlt. Die Glasmalerei kann mit Fug und Recht als spezifischer Beitrag der Schweiz zur europäischen Kultur bezeichnet werden.

Bestehende Infrastrukturen im Wandel

Neue Bibliotheksstrukturen

Marion Prudlo, Leiterin Erwerbsabteilung, Stadt- und Universitätsbibliothek Bern

In den letzten 15 Jahren hat sich das Selbstverständnis der Bibliotheken stark gewandelt. Der Hauptgrund dafür sind die Einflüsse, die mit dem Aufkommen des Internets entstanden sind, denn sie hatten zur Folge, dass Bibliotheken nicht mehr die Hauptlieferanten von Informationen sind. Sie müssen heute auf dem Informationsmarkt mit den kommerziellen Suchmaschinen konkurrieren und gleichzeitig die steigenden Ansprüche ihrer Kunden erfüllen. Die finanziellen Mittel der Bibliotheken können diesen Erwartungen allerdings nicht mehr gerecht werden, denn die Bibliotheksetats sinken, während die starken Preissteigerungen bei wissenschaftlichen Zeitschriften weitergehen. In diesem Spannungsfeld finden sie Wege, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

In den Bibliotheken hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Bisher wurden Medien gekauft, damit sie vor Ort sind, falls ein Kunde sie ausleihen möchte. Heute geht die Tendenz dahin, dass Bibliotheken Informationskanäle bereitstellen, die von den Kunden zu jeder Zeit und ortsunabhängig genutzt werden können, um an die benötigten Informationen zu kommen. Ein Beispiel dafür ist das Abonnieren von Informationen, auf die über das Web zugegriffen wird. Das bedeutet aber auch, dass Informationen zwar von der Bibliothek gekauft werden, diese aber

nicht mehr unbedingt vor Ort im Gebäude der Bibliothek aufbewahrt werden.

Traditionell ist es die Aufgabe von Bibliotheken, Medien professionell zu archivieren und aufzubewahren. Allerdings gestaltet sich diese Aufgabe schwierig, wenn es um Ressourcen geht, die auf den Webseiten von externen Anbietern liegen. In den letzten Jahren haben Bibliotheken intensiv daran gearbeitet, Lösungen für die Archivierung dieser elektronischen Medien zu finden. Bibliotheken engagieren sich bei einer Vielzahl von Projekten, auch wenn die Frage, wie die Archivierung von elektronischen Ressourcen technisch durchgeführt werden könnte, noch nicht endgültig geklärt ist.

Bibliotheken orientieren sich heute viel stärker an den Bedürfnissen ihrer Nutzer. Dienstleistung und Servicequalität sind inzwischen wichtigere Faktoren als die Grösse des Bestandes. Die angebotenen Leistungen bestehen darin, den Benutzern im Umgang mit der Informationsflut zu helfen. Dies geschieht zum Teil durch die persönliche Beratung. Diese Aufgabe hat sich ausgeweitet, und das Vermitteln von Informationskompetenz ist zu einem neuen Kerngeschäft der Bibliotheken geworden. Das heisst, dass Kunden darin geschult werden, selbst die Fähigkeit zu entwickeln, gute Informationen von schlechten zu unterscheiden. Bibliotheken sind also nicht mehr «nur» Kultureinrich-

tungen, sondern sind auch zu einem Teil der Bildungslandschaft geworden. Bibliothekare unterrichten nicht nur vor Ort, an der Universität oder in der Bibliothek, sondern bieten auch online Lernplattformen und Tutorials für das Eigenstudium an. Dabei sollen Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, wie die Fähigkeit zur Definition eines Informationsbedarfs, die zielgerichtete Informationssuche sowie die Informationsbewertung und -verarbeitung.

Beim Aufarbeiten und Bereitstellen von elektronischen Ressourcen werden Bibliotheken ihrer Rolle als Garanten für Qualität ebenfalls gerecht. Während kommerzielle Suchmaschinen den Schwerpunkt auf die Grösse des Bestandes legen, der indexiert wird, achten Bibliotheken darauf, dass Informationen relevant sind und dass sie mit Zusatzinformationen versehen werden, die den Kunden helfen Gesuchtes schnell und bequem zu finden.

Viele Bibliotheken sind heute wegen der angespannten finanziellen Situation nicht mehr in der Lage, den Zugriff auf alle relevante wissenschaftliche Literatur in gewohntem Umfang zu garantieren. Der

Grund dafür liegt zu einem grossen Teil bei den stark steigenden Preisen für wissenschaftliche Zeitschriften. Bibliotheken auf der ganzen Welt setzten sich daher für die Umsetzung des *Open-Access*-Gedankens ein. Dies erfolgt durch den Aufbau von Dokumentenservern, in denen Wissenschaftler ihre Artikel nach der Publikation in einer Fachzeitschrift ablegen können. So soll der Grundgedanke unterstützt werden, dass Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, ohne Kosten für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Bibliothek arbeitet dabei eng mit den Wissenschaftlern zusammen, um ihnen Hilfestellung bei der Klärung rechtlicher Fragen zu bieten, und sie kümmert sich um die professionelle Aufarbeitung der Artikel mit Metadaten.

Bibliotheken werden sich immer mit Veränderungen in Gesellschaft, Lehre und Forschung auseinandersetzen müssen. Dies ist zu einem verinnerlichten Prozess geworden, der unabdingbar ist, um sicherzustellen, dass Bibliotheken auch in Zukunft noch eine relevante Rolle spielen werden.

Museumspolitik des Bundes

(bk) Der schweizerischen Museumslandschaft fehlte bis anhin eine einheitliche Stossrichtung. Ohne eine überzeugende Museumspolitik lässt sich die fundamentale Bedeutung der Museen gegenüber den Spitzen von Exekutive und Legislative nicht erfolgreich verteidigen. Ein vom EDI vorgelegter «Bericht über die Museumspolitik des Bundes» nennt nun sechs Ziele für eine einheitliche Museumspolitik, ein erster Schritt, der von den Schweizer Museumsverbänden VMS (Verband der Museen der Schweiz) und ICOM (International Council of Museums) begrüsst wird.

Die Museen gehören seit jeher zu den Forschungsinfrastrukturen der Humanwissenschaften. Wie auch die Bibliotheken befinden sich die Museen zurzeit im Umbruch und müssen sich den zeitgenössischen Anforderungen anpassen. Dass sich die Museen neu positionieren müssen, wurde spätestens dann klar, als Mitte November letzten Jahres die Botschaft über die Stiftung Schweizerisches Landesmuseum von beiden Räten an den Bundesrat zurückgewiesen wurde. Damit brachte das Parlament zum Ausdruck, dass eine einheitliche Lösung gefordert wird, die sich auf alle Bundesmuseen gleichermaßen bezieht.

Kurz zuvor legte das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) einen «Bericht über die Museumspolitik des Bundes» vor, aus welchem hervorging, dass die schweizerische Museumslandschaft wenig koordiniert und systematisiert ist. Zwar ist eine Gruppe von 15 Museen (Musée Suisse Gruppe) dem Bundesamt für Kultur (BAK) angegliedert und vom Bund betrieben, allerdings ist objektiv nicht einsichtig, weshalb es sich gerade um diese 15 Institutionen handelt und nicht um andere. Zudem fehlt eine Gesamtstrategie; die Zusammenarbeit der Bundesstellen, welche Museen finanziell

unterstützen, ist nur im Ansatz vorhanden, und die Bundesmuseen sind regional unausgewogen verteilt. Um diese Defizite der schweizerischen Museumslandschaft zu beheben, braucht der Bund eine einheitliche Museumspolitik. Für eine solche Museumspolitik nennt der Bericht folgende Ziele:

1. Das Engagement des Bundes beschränkt sich auf Aktivitäten, Organisationen und Institutionen von *gesamtschweizerischem Interesse*.
2. Das primäre Augenmerk der Bundesaktivitäten liegt bei der Sicherung des *kulturellen Erbes von gesamtschweizerischem Interesse*.
3. Der Bund trägt mit gezielten Aktivitäten zu einer *zeitgerechten Vermittlung* von aktuellen Themen und für die Schweiz bedeutsamen Werken bei und legt ein besonderes Gewicht auf die *Förderung des Zugangs zur Kultur*.
4. Der Bund strebt mit seinen Aktivitäten eine Stärkung der *Synergien in der Museumslandschaft Schweiz* an.
5. Die Bundesaktivitäten sind in den *Landesregionen verankert* und der Bund ist bestrebt, der Bevölkerung aller Landesregionen und Sprachgemeinschaften einen raschen örtlichen Zugang zu einem Bundesmuseum zu ermöglichen.

6. Die Bundesaktivitäten im Allgemeinen sind *koordiniert* und die Bundesmuseen im Speziellen folgen einer *homogenen Strategie* und sind mit einer möglichst *hohen betrieblichen Autonomie* ausgestattet (Stiftung oder vergleichbare Organisation im 3. Kreis der Bundesverwaltung).

Um diese Ziele zu erreichen, sollen die Museumsaufgaben des Bundes überprüft, systematisiert und priorisiert werden. Zudem sollen die Strukturen und Steuerungsinstrumente optimiert werden, was zumindest teilweise durch die Konzentration aller im Bund wahrgenommenen Museumsaufgaben im BAK erreicht werden könnte.

Jean-Frédéric Jauslin, Direktor des BAK, äusserte sich am 31. August anlässlich des 40. Jahreskongresses VMS/ICOM-Schweiz zur neuen Museumspolitik des Bundes. Er betonte, dass sich ohne eine überzeugende Museumspolitik die fundamentale Bedeutung der Museen gegenüber den Spitzen von Exekutive und Legislative nicht erfolgreich verteidigen lasse. Das Sammeln, das Vermitteln, das Forschen und das Bewahren sind die Kernaufgaben der Museen. Die Menge an wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Neuerungen pro Zeiteinheit nimmt jedoch laufend zu, während die Aktualitätsdauer von Neuerungen sich zunehmend reduziert. Der Entscheid, was für die Zukunft relevant ist und gesammelt werden soll, ist daher sehr komplex. Es sollte vermieden werden, dass sich die Museen des Bundes auf Bereiche konzentrieren, die bereits von kantonalen Museen breit abgedeckt sind. Dies bedingt einen besseren Informationsaustausch zwischen

den Museen und eine Kooperation beim Sammeln. Mit der Bildung eines Sammlungszentrums in Affoltern soll ein Pool mit historischen Sammlungen des Bundes geschaffen werden, von dem alle Museen profitieren könnten. Das BAK prüft weiter die Möglichkeit, in Affoltern ein Kompetenzzentrum zur Konservierungsforschung zu schaffen und eine Leistungspalette für Dritte zu entwickeln.

Die Verbände ICOM und VMS begrüssen eine koordinierte Museumspolitik und wünschen, eng und fortlaufend in die Überlegungen und die Vorgehensschritte einbezogen zu werden. In ihrer Resolution vom 1. September verlangen sie, dass die gewichtige Rolle aller Museen, abhängig von der Eidgenossenschaft oder nicht, anerkannt und geschätzt wird. Aus diesem Grund empfehlen sie dem BAK, sein Vorgehen nicht nur auf die Reorganisation der nationalen Museen zu beschränken, sondern die Gelegenheit zu nutzen, einen gemeinsamen, produktiven und finanziell gangbaren Kooperationsprozess zwischen dem BAK und den Museen in Gang zu setzen.

Unter Federführung des BAK sollen im Rahmen des Reformprojektes Museumspolitik die folgenden Fragen geklärt werden:

- Der Kreis der Museen des Bundes
- Die Rolle des BAK
- Die Rolle und Stellung der Museen des Bundes

In den ersten Monaten des nächsten Jahres wird eine Vernehmlassung bei allen Kantonen, politischen Parteien und interessierten Kreisen stattfinden. Der Bundesrat will dem Parlament Mitte 2007 eine Botenschaft zur neuen Museumspolitik vorlegen.

Neue Projekte in den Geisteswissenschaften

Infoclio – eine digitale Infrastrukturoffensive

Prof. Dr. Madeleine Herren, Universität Heidelberg, und Prof. Dr. Susanna Burchartz, Universität Basel

Infoclio ist ein Projekt, das die Sammlung, die Erarbeitung und die öffentliche Zugänglichkeit von historischem Wissen miteinander vernetzen und auf einer digitalen Plattform in einer Form präsentieren will, die modernen Informationstechnologien entspricht.¹ Von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte initiiert, als Teil der Mehrjahresplanung der SAGW verabschiedet und dem Staatssekretariat für Bildung und Wissenschaft vorgelegt, bietet Infoclio neben den Plänen zur konkreten Umsetzung auch Anlass zur geisteswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit informationspolitischen Erfordernissen und Zielvorgaben. Infoclio ist kein neues Forschungsinstitut, keine Bibliothek, kein Medienprojekt. Vielmehr will Infoclio in den drei Kernbereichen Knowledge, Information, Storage eine Infrastruktur aufbauen, die für die historische Information ebenso wie für die historische Selbstdarstellung eines Landes im 21. Jahrhundert so wichtig ist wie Strassen und Schienen, Rohre und Leitungen. Infrastrukturen sind Anliegen der öffentlichen Hand und grundsätzlich an alle Bürger und Bürgerinnen adressiert, sie sind zugleich auch für moderne Forschung eine Grundvoraussetzung. In der Tat besteht eine wesentliche Zielsetzung von Infoclio

darin, den Zugang zu historischer Information für die Öffentlichkeit und über die Sprachgrenzen hinweg sicherzustellen. Damit ist Infoclio in einem Bereich situiert, in dem derzeit eine Entwicklung von grosser Dynamik eingesetzt hat. Die steigende Attraktivität von Information als einem attraktiven, marktfähigen Produkt und der Anspruch des Bürgers und der Bürgerin auf *open access* haben ein Dilemma geschaffen, das weniger nach technischen, denn nach politischen Lösungen verlangt. In den USA fordert eine Gesetzesvorlage, dass die Ergebnisse von öffentlich geförderter Forschung spätestens sechs Monate nach ihrer Publikation online frei zugänglich werden. Die *Open-Access*-Bewegung scheint damit neuen Aufwind zu erhalten. Auch in Europa tut sich einiges. Während sich die europäischen Länder bis vor kurzem darauf konzentrierten, die drohende Amerikanisierung und die Konsequenzen einer von Google kanalisierten Informationspolitik zu beklagen, vergeht nun kaum ein Monat, in dem nicht tiefgreifende politische Entscheidungen getroffen werden. Im Juni dieses Jahres stellte die deutsche Forschungsgemeinschaft ein Positionspapier zu wissenschaftlichen Literaturversorgungs- und Informationssystemen vor, das für alle wissenschaftlichen Disziplinen Deutschlands eine digitale Struktur zur

¹ Zu Projekt und Machbarkeitsstudie vgl. www.infoclio.ch, 15.10.2006

Informationsbeschaffung sicherstellen will. Im August veröffentlichte die Europäische Union Empfehlungen zur Zugänglichkeit und Digitalisierung von kulturell relevantem Material, und Ende des gleichen Monats verabschiedete die deutsche Regierung eine «Hightech-Strategie für Deutschland»², in der über die Ressortgrenzen hinweg die mit Bildungspolitik befassten Politikbereiche gebündelt und bis 2009 für Forschung und Entwicklung insgesamt 15 Milliarden Euro investiert werden sollen. Ein nicht geringer Betrag steht dabei mit nicht weniger als 400 Millionen Euro auch der neuen europäischen Suchmaschine Quaero zur Verfügung. Zusehends setzt sich die Erkenntnis durch, dass Informationsversorgung ein alle Wissenschaftsbereiche betreffendes Anliegen nationaler Politik darstellt, dass Ungleichheiten zwischen Bildungsinstitutionen und dem individuellen Zugang zu Information über teure Nationallizenzen gelöst werden muss. Zusehends setzt sich aber auch die Erkenntnis durch, dass Koordinationsleistungen unabdingbar sind und sich diese auf die Zusammenführung von Fachdatenbanken wie auch auf Qualitätsmanagement und die Entwicklung gemeinsamer Zugänge beziehen müssen.³ Interessant ist, dass die Geisteswissenschaften von der informationspolitischen Offensive keineswegs ausgenommen sind. Die Bewahrung des kulturellen Erbes, die Darstellung von Traditionen und die Visibilität von historischer Identität sind an diese Technologien gekoppelt, machen deren Tauglichkeit zur gesellschaftlichen Identitätsbildung gleichzeitig aber auch nach-

vollziehbar. Dass die digitale *Invention of Tradition* in vollem Gange ist, zeigen nicht zuletzt das grosse Interesse an virtuellen Rekonstruktionen aller Art und die Bedeutung derartiger Technologien in der wachsenden Erweiterung der globalen Sicherung des kulturellen Erbes.

In der derzeitigen dynamischen Entwicklung soll Infoclio diesen Prozess für die Schweiz verfolgen⁴ und die wissenschaftliche Reflexion über dessen Konsequenzen stärken. Als zentrale Plattform kann Infoclio eine Qualitätsgarantie für Nutzer und Nutzerinnen bieten und die nationale Präsenz der Schweiz in ihrer historischen Entwicklung im World Wide Web sicherstellen. Als Infrastruktur soll Infoclio darüber hinaus die Präsenz regionaler und thematischer Vielfalt garantieren, aber auch eine Möglichkeit zur kritischen Reflexion schaffen. Dies ist umso dringlicher, als dass das Umschlagen des europäischen Zögerns in eine hektische digitale Aufholjagd Zwangslagen zu schaffen beginnt, welche der wirtschaftlichen Nützlichkeit auch im kulturellen Bereich Priorität einräumt. Reflexion aus einer spezifisch schweizerischen Perspektive ist schliesslich aus einem nicht minder wichtigen Grund notwendig: Obwohl das World Wide Web Grenzen transparent gemacht hat, schaffen die derzeitigen Förderinstrumente eine neue Form des globalen Nationalismus. In diesem Kontext ist Infoclio ein wesentliches Instrument schweizerischer Präsenz im Netz, ein Instrument, das zudem die spezifischen Möglichkeiten der Schweiz und ihrer Geschichte aktiver als bisher nutzen sollte.

² <http://www.bmbf.de/de/6608.php>, 15.10.2006

³ http://www.dl-forum.de/deutsch/foren/25_1331_DEU_HTML.htm, 15.10.2006

⁴ Wie dies beispielsweise das Digital Library Forum für den deutschen Bereich tut, <http://www.dl-forum.de/>, 15.10.2006

Neue Projekte in den Sozialwissenschaften

ForS – zur Umsetzung bereit

(bk) Ein Jahr nachdem die SAGW zum ersten Mal über das Projekt «Forschungszentrum Sozialwissenschaften» (ForS) berichtete, befasst sich nun das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) mit dem entsprechenden Antrag. Mit ForS sollen verschiedene bestehende Infrastruktureinrichtungen unter einem Dach gebündelt und mit der universitären Forschung und Lehre verknüpft werden. Letzteres soll erreicht werden, indem sich eine schweizerische Universität mit substantiellen Beiträgen an ForS beteiligt. Zwei Universitäten – Lausanne und Zürich – haben ihr Interesse bekundet.

Ein breit abgestütztes Projekt

Das Projekt ForS hat seinen Ursprung im Bericht «Ein Kompetenzzentrum für die Sozialwissenschaften in der Schweiz» des Schwerpunktprogramms «Demain la Suisse». Nach Abschluss des Schwerpunktprogramms hat sich die SAGW der Ideen angenommen und dabei rasch festgestellt, dass es in naher Zukunft nicht möglich sein wird, in der Schweiz ein aus privaten und öffentlichen Mitteln finanziertes, ausseruniversitäres, sozialwissenschaftliches Zentrum aufzubauen. Das Ziel, die im Rahmen von Zukunft Schweiz aufgebauten Instrumente langfristig zu stabilisieren, zu entwickeln und deren Nutzung durch die universitäre Lehre und Forschung zu erhöhen, wurde hingegen als richtig und dringend eingeschätzt. Im Gespräch mit verschiedenen Partnern entstand schliesslich das Projekt «Forschungszentrum Sozialwissenschaften» (ForS). Im Sommer 2005 wurde der Vorschlag den Direktionen aller Schweizer Universitäten mit der Bitte vorgelegt, konkrete Offerten zum Betrieb und zur Finanzierung von ForS zu unterbreiten. Beglei-

tet von ausführlichen Tätigkeitsprogrammen gingen entsprechende Angebote von den Universitäten Lausanne und Zürich ein. Erstere wurden von einer internationalen Expertengruppe im Rahmen eines Hearings eingehend geprüft. Es folgten konsultative Gespräche mit den beiden Universitäten zur Rechts- und Organisationsform. Schliesslich setzte das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) eine Arbeitsgruppe ein, die den Vorschlag der SAGW noch einmal auf dessen Realisierbarkeit prüfte. Diese schloss ihre Arbeiten mit einem Bericht zuhanden des Staatssekretärs ab. Auf dieser Grundlage will nun das Staatssekretariat die Schlussverhandlungen führen.

Mission und Aufgabenbereiche von ForS

Im ForS sollen bestehende Infrastruktureinrichtungen (SIDOS, SHP) und Erhebungsinstrumente (ESS, Mosaich, ISSP, Share, Selects) zusammengefasst und mit der universitären Forschung und Lehre verknüpft werden. Eine Standortuniversi-

tät soll diesen Bezug zu Forschung und Lehre sichern. Nebst auf die Datensätze bezogene Forschung und Lehre erbringt sie Beiträge an den Betrieb von ForS (Räumlichkeiten, Arbeitsplätze und IT). ForS strebt eine Kombination von Forschung, Infrastruktur und Dienstleistungen an: Thematisch orientierte Forschung, Dauerbeobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung (Monitoring) sowie Dienstleistungen zugunsten der wissenschaftlichen Gemeinschaft bilden die drei zentralen Geschäftsfelder. Während die Forschung den innovativen Kern des Zentrums darstellt, können die Felder Monitoring und Dienstleistungen auf bestehenden Vorleistungen aufbauen und diese konsolidieren und weiterführen.

Paritätische Finanzierung aus bereits bestehenden Krediten

Die beiden Universitäten Lausanne und Zürich haben sich bereit erklärt, ForS in der Funktion der Standortuniversität mit jährlichen Beiträgen in der Höhe von 1,7 Mio. Franken bzw. 1,5 Mio. Franken zu unterstützen. Der Schweizerische Nationalfonds ist gewillt, die in ForS eingebrachten Erhebungsinstrumente (SHP, ESS, ISSP, Selects) im bisherigen Umfang weiterzufinanzieren. Voraussichtlich werden Dienstleistungen für Dritte ForS knapp 1 Mio. Franken einbringen. Die

heute schon SIDOS vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in der Höhe von 1 Mio. Franken mit eingerechnet müsste das SBF insgesamt 2 Mio. Franken beisteuern.

Einwände von unerwarteter Seite

Einwände zum Projekt kamen von unerwarteter Seite. Als das Projekt ForS schon weit fortgeschritten war, trat das Bundesamt für Statistik (BfS) mit dem Vorschlag an die SAGW und den SNF, ein Datenzentrum für die öffentliche Forschung zu errichten. Insbesondere die für die Forschung besonders ergiebigen, beim BfS verwalteten Individualdaten sollen über eine vom BfS und von der Forschung gemeinsam betriebene Stelle nach einheitlichen Kriterien vertrieben werden. Mit dem Vorschlag, diese Aufgabe SIDOS anzuvertrauen, schien sich ein lang gehegtes Postulat zu erfüllen. Nun befürchtet das BfS, dass die vorgesehene enge Zusammenarbeit mit einer Standortuniversität bei dieser national zu erbringenden Dienstleistung zu Interessenskonflikten führen könnte. Diese Befürchtung ist unbegründet, da eine Vielzahl von institutionellen Vorkehrungen getroffen wurden, um ForS als gesamtschweizerisches Unternehmen zu führen und überdies eine enge Kooperation mit allen schweizerischen Universitäten angestrebt wird.

Den Antrag ForS der SAGW finden Sie unter www.sagw.ch (Portrait, Planung).

ForS est-il nécessaire?

R. Levy, Université de Lausanne

1. Que faut-il penser de ForS?

Beaucoup de bien! Le projet ForS est l'aboutissement d'un long processus de création et de consolidation d'infrastructures pour la recherche en sciences sociales en Suisse. Initié au début des années 90, passant par l'évaluation de la situation de cette recherche par le Conseil suisse de la science, il a été repris par l'ASSH puis le FNS via son Programme «Demain la Suisse». Financées et gérées par des acteurs et dispositifs divers, ces infrastructures forment un ensemble important, mais encore peu intégré et précaire pour de multiples raisons; leur consolidation institutionnelle et financière devient urgente. ForS vise exactement cela, c'est donc la bonne réponse au bon moment.

2. Quel sera le rôle de ForS dans le paysage suisse de la recherche en sciences sociales?

Ce sera un rôle de plaque tournante scientifique, mue par deux moteurs complémentaires. L'un est celui d'une infrastructure cohérente pour la recherche, un instrument qui sera pour les sciences sociales ce que le CERN est pour les physiciens: produire et mettre à disposition des données nécessaires à la recherche en sciences sociales visant l'observation des changements dans la société suisse. L'autre est un programme de recherche d'envergure s'inscrivant dans la durée, à l'image des Pôles de recherche nationaux, basé en large partie sur les données produites par ForS lui-même, et se réalisant en con-

nexion avec les chercheur-e-s d'autres institutions en Suisse et à l'étranger. Ses sujets d'étude doivent être d'importance nationale, aptes à commander l'attention autant scientifique que sociale et politique. Ces deux fonctions, réunies dans un même lieu, développeront de multiples collaborations propres à assurer l'indispensable renforcement du potentiel national de recherche et de formation. L'envergure nationale et internationale de ForS devra, en plus des liens de collaboration, prendre la forme d'un programme d'échanges de personnes à plusieurs niveaux (bourses doc et post-doc, chercheur-e-s invité-e-s). ForS servira de passerelle entre la recherche suisse, européenne et internationale.

3. Que faut-il attendre de ForS?

J'attends de ce projet qu'il joue un rôle essentiel de «turbo», de plate-forme scientifique qui, loin de faire concurrence à la recherche et l'enseignement universitaires qui se pratiquent dans le pays, les dynamise de manière synergique. J'espère vivement qu'il se mettra rapidement en place et se montrera à la hauteur du profil esquissé. Pour y aboutir, ForS a non seulement besoin d'un site principal dans une université où les sciences sociales sont un domaine prioritaire, mais aussi de l'appui inébranlable et inconditionnel d'autres institutions partenaires, parmi lesquelles je compte évidemment l'Office fédéral de la statistique qui a tout à gagner d'un tel partenariat.

ForS – ein Schritt in die richtige Richtung

Simon Hug, Universität Zürich

Die Sozialwissenschaften in der Schweiz fristeten während geraumer Zeit ein Mau-erblümchendasein. Forscher in den ent-sprechenden Disziplinen waren kaum national vernetzt und Teilnahmen an inter-nationalen Studien waren oft die Aus-nahme. Das Schwerpunktprogramm «Zukunft Schweiz» erlaubte es, diese Pro-bleme erstmals anzugehen. Durch For-schungsverbände wurde die Zusammen-arbeit zwischen Forschern gefördert, und durch die Schaffung von Infrastrukturen wurde die Zusammenarbeit über die Gren-zen gestärkt, zum Beispiel durch die Teil-nahme der Schweiz an Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Union. Parallel dazu wurden auch weitere Erhebungsin-strumente geschaffen, wie der «Schweizerische Haushaltspanel», die Wahlforschung unter dem Titel «Selects», die Teilnahme am «European Social Survey» und am «Inter-national Social Survey» Programm.

Währenddem alle diese Erhebungs-instrumente auch nach Beendigung des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» weitergeführt werden, ist wohl die Nutzung dieser Instrumente, aber auch

anderer zur Verfügung stehender Daten (z.B. vom «Schweizerischen Daten-archiv» [SIDOS] oder dem Bundesamt für Statistik), kaum ausreichend. Die geplante Bündelung dieser Erhebungs-instrumente an einem neu zu schaffenden «Forschungs-zentrum Sozialwissenschaften» (ForS) zusammen mit SIDOS scheint deshalb der folgerichtige Schritt. Dass sich Uni-versitäten, welche sich um den Standort des ForS beworben haben, bereit erklären, mit relativ bedeutenden Geldbeiträgen die Forschung an einem solchen Zentrum zu unterstützen, zeigt, dass es klar Bedarf für intensivere Forschungstätigkeiten gibt.

Für die Sozialwissenschaften bleibt deshalb zu hoffen, dass sich das ForS rea-lisieren lässt, dass sich die Forschung mit den erwähnten Erhebungsinstrumenten von der Forschungstätigkeit an der Stand-ort-Uni stimulieren lässt, aber auch dass dieses Forschungszentrum die Sozialwis-senschaften in der ganzen Schweiz stärkt und vermehrt Forschungszusammenar-beiten, sowohl national als auch interna-tional, verstärkt.

Eine Chance für die Sozialwissenschaften

Klaus Armingeon, Universität Bern

Drei Gründe für das ForS

Es gibt drei gute Gründe für das ForS: (1) Verschiedene Infrastruktureinrichtungen der Sozialwissenschaften werden unter einem Dach und mit einer gemeinsamen wissenschaftlichen Perspektive zusammen-gebracht. Es sind Synergieeffekte abseh-bar. (2) Die bisherige, eher anwendungs-orientierte Forschung dieser Einrichtungen wird mit der Grundlagenforschung kombi-niert, gewinnt Kohärenz und langfristige Orientierung an «grossen» Fragen – und dies dient nicht zuletzt einer qualitativ hochstehenden Beratung von Politik und Gesellschaft und insbesondere der Medien. (3) Sozialwissenschaften sind Zukunfts-wissenschaften. Komplexe postindustrielle Gesellschaften benötigen Grundlagenwis-sen über Zusammenhänge und Steuerungs-optionen der Gesellschaft, der Ökonomie und der Politik. Dieses Wissen wird heute in internationalen und wettbewerbsförmig organisierten Forschungszusammenhängen generiert. Nationale Wissenschaftssysteme benötigen ausgezeichnete Forschungszent-ren, um in diesem Prozess mithalten zu können. ForS könnte die Keimzelle einer solchen Institution sein, die wir schon so lange so dringend brauchen und von der wir noch so weit entfernt sind.

Ein sozialwissenschaftliches Forschungszentrum für die Schweiz

Ich finde den letztgenannten Grund beson-ders wichtig und möchte dies kurz aus der

Perspektive meines Faches – der Politik-wissenschaft – erläutern. Noch vor 25 Jah-ren war die europäische politikwissen-schaftliche Forschung weitgehend natio-nal ausgerichtet; Fragestellungen und The-orie- und Methodenentwicklungen trugen eigentümliche nationale Kostüme, und die Rezeption von Literatur jenseits der Gren-zen und Ozeane war bescheiden. Politik-wissenschaft war zu einem beträchtlichen Teil national gebundene, den Einzelfall des Landes verstehende Kulturwissen-schaft. Entsprechend war die internatio-nale Mobilität begrenzt, und die Vorstel-lung, in einer internationalen Fachzeitschrift zu veröffentlichen, fand nicht viele Freunde.

Heute hat sich dies grundlegend gewandelt. Theorien und Methoden werden in international angelegten Dis-kussionen entwickelt, bei denen die inter-nationalen Fachzeitschriften eine zentrale Vermittlerrolle spielen. Der wissenschaft-liche Wettbewerb wird härter und pro-duktiver. Mithalten kann meist nur noch, wer sich in der Forschung konzentrieren kann, ohne übermässig durch Dienstlei-stungen oder Verwaltungsaufgaben ab-gelenkt zu werden. Universitäten bieten ihren Forschern nur wenig Schutz vor sol-chen Ablenkungen, und deshalb fasziniert die Idee eines Forschungszentrums der Sozialwissenschaften. Diese Faszination wird durch einen zweiten Befund vielfach gesteigert: In Gesellschaften, in denen ein-fache strukturierende Elemente und Insti-tutionen – z.B. Familie, Nation, Klasse, Ideologie, Konfession – an Bedeutung

verlieren, steigt der Bedarf an Wissen, wie diese komplexen Gesellschaften zusammenhängen, welche Dynamiken sie entwickeln und wie sie beeinflusst werden können, wenn die alten Steuerungsmittel untauglicher werden. Dieses Wissen ist kein verzichtbarer Luxus reicher Länder, sondern eine wichtige Voraussetzung, dass diese Länder ökonomisch leistungsfähig, friedlich nach innen und aussen und demokratisch bleiben können.

Naturwissenschaftliches und technisches Wissen und ökonomische Potenziale werden in sozialen und politischen Zusammenhängen umgesetzt. Sind diese Zusammenhänge nicht gegeben oder defizient, dann nützt all der naturwissenschaftliche und ökonomisch-technologische Fortschritt nur wenig. Und darüber muss man Bescheid wissen. Deshalb brauchen moderne Gesellschaften eine ausgebaute sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung mit entsprechenden Forschungsinstitutionen. ForS ist viel zu klein und zu schwach dotiert, um diese Aufgabe erfüllen zu können. Aber es ist ein erster, wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Gefahren

Dem ForS-Projekt drohen vielfache Gefahren. Die erste besteht darin, dass das Vorhaben stecken bleibt, indem man sich ressourcenschonend damit begnügt, die verschiedenen Institutionen unter einem Dach zu bündeln. Der Zusatznutzen tritt jedoch nur ein, wenn es eine dynamische und unabhängige wissenschaftliche Leitung gibt, die die verschiedenen Institutionen integrieren und ein wissenschaftliches Programm entwickeln kann. Dazu

bedarf es ausreichender Ressourcen. An diesen mangelt es, und keine Universität will sie in ausreichendem Masse zur Verfügung stellen. Und wenn dann doch bescheidene Mittel zugesagt werden, dann könnte damit der verständliche Wunsch der Universitätsleitungen verbunden sein, dieses ForS als Teil der jeweiligen Universität oder als zusätzliche Stützung eines bestehenden Forschungszentrums zu nutzen. Findige Universitätsbuchhalter könnten auch die mittelsparende Idee entwickeln, das wissenschaftliche Zusatzpersonal aus den bestehenden Instituten im Nebenamt in das ForS abzukommandieren. All dies läuft der ForS-Idee zuwider, das sich meiner Meinung nach langfristig an Instituten orientierten muss wie dem «Wissenschaftszentrum Berlin», den «Max-Planck-Instituten», den «Maison des Sciences de l'Homme», dem «Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities and Social Sciences» oder ähnlichen Perlen der sozialwissenschaftlichen Forschung, die andere Nationen haben.

In den Austreibungsphasen reduzieren die meisten Eltern in Gebärdensprache ihre ursprünglich seitenlangen Wunschlisten an das Kind darauf, es solle nur endlich lebend zur Welt kommen; dies sei genug und darüber sei die Freude dann unendlich. Ähnlich geht es auch einem grossen Teil der sozialwissenschaftlichen Forschergemeinschaft. Sie bangt um das ForS und begnügt sich schon mit bescheidenen Anfängen, in der Hoffnung, darauf aufbauen zu können. Aber trotz dieser Bescheidenheit sollte nicht aus dem Auge verloren werden, dass ein schweizerisches Zentrum der Sozialwissenschaften eine Notwendigkeit im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb ist.

Die Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS) gehen ON-LINE

Hans-Ulrich Jost, Präsident DDS

Quellensammlungen, meist gewichtige Bücher, sind immer noch von einer seltsamen Aura umgeben. Man hat das Gefühl, Geschichte in reiner Form in den Händen zu haben und so direkt in die Vergangenheit einsteigen zu können. Diesem direkten Zugang zur Geschichte ist jedoch in jüngster Zeit durch die elektronische Datenvermittlung eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen, eine Entwicklung, die auch das Konzept der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) erheblich verändert hat.

Die 1979 begonnene und heute 20 Bände umfassende Quellenedition der DDS enthält insgesamt 7400 Dokumente. In den letzten Jahren, d. h. seit Band 15 (1997), ist es allerdings, bedingt durch Budgetkürzungen, zu einem beträchtlichen Abbau des Umfangs der einzelnen Bände gekommen. Kurz gesagt: Präsentierten die Bände 12 bis 15 pro erfasstem Zeitraum (12 Monate) rund 240 Dokumente, so ist diese Zahl nun auf 60 gefallen. Die DDS vermögen heute die Geschichte nicht mehr in demselben Umfang abzudecken, wie dies noch für die in den 1990er Jahren erschienenen Bände der Fall gewesen war.

Diese Einschränkungen wurden jedoch mit dem Aufbau der on-line Datenbank DoDis wettgemacht. DoDis enthält heute über 6000 veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente, ergänzt durch umfangreiche bibliographische und biographische Notizen. So sind beispielsweise beinahe 20 000 Personen und über 9000 Organisationen erfasst, eine Datensammlung, die für sich allein schon ein unschätzbares, rasch und leicht zugängliches Nachschlagewerk bildet. Schon heute wird DoDis täglich 2000 Mal abgefragt.

Diese Entwicklung, verbunden mit einem Rückgang im Absatz der Dokumentenbände – Publikationen dieser Art werden immer weniger von einzelnen Personen, sondern bestenfalls noch von Institutionen und Bibliotheken gekauft –, hat letztes Jahr die Kommission der DDS bewogen, DoDis weiter auszubauen. Ein erster Schritt bestand darin, die Funktionalitäten für die Erfassung und die Abfrage der Datenbank zu verbessern. Die Suchmasken wurden erweitert und ermöglichen nun sowohl rasche einfache wie auch komplexe Abfragen. Mit DoDis verfügen wir nun, wie uns verschiedentlich auch im Ausland bestätigt wurde, über eine der modernsten und benutzerfreundlichsten on-line Datenbanken. Überzeugen Sie sich selber: http://www.dodis.ch/d/datenbank_inhalt.asp.

Wenn sich dieser verstärkte Ausbau der on-line Datenbank auch als Priorität aufdrängte, so dürfen doch die andern Grundlagen der Quellenforschung und Vermittlung nicht vernachlässigt werden. Die Sorge betrifft in erster Linie die Equipe von Historiker/innen, die für die Erfassung und Aufarbeitung der Dokumente verantwortlich ist. Es gilt insbesondere zu ver-

meiden, dass deren Forschungsarbeit in der Anonymität der elektronischen, letztlich doch unpersönlichen Vermittlung der Daten verschwindet. Deshalb ist es notwendig, für die Forschungsequipe einen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem das persönliche und das individuelle Engagement sichtbar werden. Dies ist einer der Gründe, weshalb Quellenpublikationen, in denen das Konzept und das Material der Forschung in strukturierter Form zum Ausdruck kommt, weitergeführt werden müssen. Um aber auch vermehrt direkte Kontakte mit den Forscher/innen und den Studierenden zu pflegen, sollen auch vermehrt Kolloquien organisiert werden.

Die in diesem Jahr dank Unterstützung durch den Nationalfonds und das Bundesarchiv durchgeführte Modernisierung von

DoDis gab uns die Gelegenheit, neben den technischen Modifikationen auch inhaltliche Erweiterungen durchzuführen. So wurde die umfangreiche, für die Arbeit der Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg aufgebaute Datenbank überarbeitet, damit sie mit DoDis assoziiert und so den Forscher/innen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Ausserdem werden auch die Dokumente der DDS-Bände 1–15 über DoDis zugänglich sein. Mit diesem Ausbau von DoDis liefern wir ohne Zweifel einen guten Beitrag zur Entwicklung der elektronischen Datenvermittlung und helfen mit, die schweizerische Geschichtswissenschaft auch für ausländische Forscher/innen attraktiv zu machen.

Forschungsinfrastrukturen in Europa

Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland – Gegenwärtige Situation, zukünftige Projekte und wünschenswerte Entwicklungen

Gert G. Wagner, Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

In den vergangenen Monaten wandte sich der Deutsche Wissenschaftsrat (WR) einem neuen, weiten Feld zu, den Forschungsinfrastrukturen. Zukünftig werden vom Wissenschaftsrat nicht nur Grossgeräte, also technische Apparate und Anlagen, sondern Infrastrukturen für die Forschung begutachtet, das heisst Vorhaben, die nicht nur einem einzigen Forschungsprojekt dienen, sondern vielen Forschern. Grosse Chancen bietet die neue Definition der Forschungsinfrastrukturen insbesondere auch den Geisteswissenschaften, die in Sachen Förderung via WR-Empfehlung immer gegenüber den Naturwissenschaften und ihren Grossgeräten im Nachteil waren.

Was die Natur- und Geisteswissenschaften von den Geistes- und Sozialwissenschaften (einschliesslich der Wirtschaftswissenschaften) heutzutage bezüglich der Forschungsinfrastruktur unterscheidet, ist eigentlich nur die Tatsache, dass es in den Natur-, Lebens- und Ingenieurwissenschaften Programme für «Grossgeräte» gibt und die technische Ausstattung von Universitätslehrstühlen und -instituten standardmässig und teurer ist. Diese «Exklusivität» für die Natur-, Lebens- und Ingenieurwissenschaften ist aber zunehmend nicht mehr sachlich zu rechtfertigen. Zumindest in Teilbereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften sind aufwendige Standardausstattungen und Programme für «Grossgeräte» sinnvoll. Diese forschungspolitische Linie beginnt sich zur Zeit zu entwickeln.

Die Geschichtswissenschaften beispielsweise, die zu den Königsdisziplinen

der Geisteswissenschaften gehören, benutzen mehr und mehr naturwissenschaftliche Bestimmungsverfahren; und einige Historiker analysieren – völlig analog zu den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern – historische Mikrodaten (statistische Originaldaten, z.B. Originalantworten bzw. Lochkarten von historischen Volkszählungen).

In Deutschland wird geistes- und sozialwissenschaftliche Infrastruktur «traditionell» im Rahmen der von Bund und Ländern geförderten ausseruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und der Leibniz-Gemeinschaft gefördert. Dazu zählen zum Beispiel Museen. Aber auch im Rahmen der «Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen» (GESIS) das «Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung».

Neu sind «Forschungsdaten-Zentren», die seit 2002 als Entwicklungs-Pro-

jekte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bei «Amtlichen Datenproduzenten» gefördert werden, um die Analysemöglichkeiten amtlicher Statistiken für Wissenschaftler zu verbessern. Im Jahr 2007 muss entschieden werden, wie diese Zentren langfristig finanziert werden können. Um die Versorgung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit guten Daten zu verbessern, hat das BMBF ausserdem 2004 den «Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten» berufen.

Auch im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wird Forschungsinfrastruktur vorgehalten; insbesondere neuerdings im Rahmen des «Langfristprogramms». Die Bestätigung als langfristiges Projekt und die Aufnahme in das Langfristprogramm erfolgt auf der Grundlage einer eingehenden Begutachtung. In das Langfristprogramm wurde zum Beispiel der «European Social Survey» (ESS) aufgenommen.

Die Förderung geistes- und sozialwissenschaftlicher Infrastruktur wird aller Wahrscheinlichkeit über kurz oder lang in einen neuen forschungspolitischen Rahmen gestellt werden, da der Wissenschaftsrat beschlossen hat, dass er künftig nicht nur Natur- und Ingenieurwissenschaftliche «Grossgeräte», sondern Forschungs-Infrastruktureinrichtungen jeder Art für Bund und Länder begutachten will. Auf europäischer Ebene hat das «European Strategy Forum for Research

Infrastructure» (ESFRI) diese Aufgabe übernommen. Der Entwurf einer *Roadmap* für die Weiterentwicklung der durch EU-Gelder geförderten Forschungsinfrastruktur ist zurzeit in der Diskussion. Allerdings haben die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgesellschaften in ganz Europa weitgehend noch nicht erkannt, wie wichtig dieser Diskussionsprozess ist. Die Natur- und Ingenieurwissenschaften, die traditionell bereits Grossgeräte finanziert bekommen, sind hingegen wohlorganisiert, und sie bringen sich in den laufenden Prozess effektiv ein.

Insgesamt kann man feststellen: In Deutschland und Europa ist zurzeit die politische Aufmerksamkeit für die Notwendigkeit einer systematischen Förderung von Forschungsinfrastruktur in den Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ungewöhnlich gross. Diese Aufmerksamkeit wird allerdings im Sande verlaufen, wenn die Wissenschaftsorganisation und Fachgesellschaft sich nicht diesbezüglich effektiv organisiert. Insbesondere in Europa kann man nur mitreden, wenn man gut organisiert ist. Insofern ist die wichtigste wünschenswerte Entwicklung für die Forschungsinfrastruktur in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Diskussion einschlägiger Infrastrukturvorhaben, auf nationaler wie internationaler Ebene, in den «Social Sciences and Humanities».

Gert G. Wagner ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Mitglied im deutschen Wissenschaftsrat und Vorsitzender des «Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten». Er war Mitglied in der Working Group «Social Sciences and Humanities» des European Strategy Forums on Research Infrastructure (ESFRI).

Humanwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen von europäischem Interesse

(bk) Im Bericht «European Roadmap for Research Infrastructures – Report 2006» werden sechs Projekte aufgeführt, die im Bereich der Humanwissenschaften von europäischem Interesse sind: ESS, SHARE, CESSDA, CLARIN, EROHS und DARIAH.

Am 19. Oktober wurde der Bericht «European Roadmap for Research Infrastructures – Report 2006» des «European Strategy Forum on Research Infrastructures» (ESFRI) veröffentlicht. Das Forum ESFRI wurde im April 2002 initiiert und hat die Aufgabe, einen Beitrag zu einer europäischen Strategie der Forschungsinfrastrukturen zu leisten. ESFRI soll vor allen Dingen neue Forschungsinfrastrukturen von europäischem Interesse identifizieren, die für die nächsten 10–20 Jahre notwendig sind, um den Forschungsstandort Europa zu erhalten. Im eben erschienenen Bericht werden nun die wichtigsten Vorhaben erläutert. Es ist geplant, diese *Roadmap* jeweils alle zwei Jahre zu überarbeiten. Im Bereich der Humanwissenschaften fokussiert der Bericht auf sechs Projekte:

«European Social Survey» (ESS): Der ESS soll als bereits bestehende Forschungsinfrastruktur noch deutlich verbessert werden. Gegenwärtig werden alle zwei Jahre Daten zu Gewohnheiten und zum Verhalten im sozialen, moralischen und politischen Umfeld der europäischen Bevölkerung erhoben.

«Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe» (SHARE): In SHARE werden Daten zu wirtschaftlichen, gesundheitlichen und familiären Bedingungen der europäischen Bevölkerung erhoben. Damit können insbesondere die Auswir-

kungen der verschiedenen Wohlfahrtssysteme verglichen werden.

«Council of European Social Science Data Archives» (CESSDA): Das seit zwanzig Jahren bestehende CESSDA ist ein Netzwerk europäischer Datenarchive, welches inzwischen alle europäischen Länder abdeckt. CESSDA soll seine Effektivität verbessern und seine Aktivitäten ausdehnen.

«Common Language Resources and Technology Infrastructure» (CLARIN): Das Projekt ist eine gemeinsame Anstrengung verschiedener Länder, um die sprachlichen Ressourcen und Technologien zu koordinieren und für Studierende aller Disziplinen, insbesondere der Humanwissenschaften, zugänglich und nutzbar zu machen.

«European Resource Observatory for the Humanities and Social Sciences» (EROHS): Mit EROHS entsteht eine neue, europaweite Forschungsinfrastruktur, welche sich an grosse Hindernisse existierender Forschungsinfrastruktur richtet, sei es nun ein Mangel an Koordination und Kooperation, ungenügendes Training, veraltete Bestimmungen, ungerechtfertigter Zugriff, unbefriedigende Hilfsmittel oder unvollständige Ressourcen.

«Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities» (DARIAH): Das Ziel von DARIAH ist, eine Infrastruktur bereitzustellen, welche im Endeffekt den

Zugriff zu allen überlieferten Informationen zu den Geisteswissenschaften und dem kulturellen Erbe Europas unterstützt.

ESS und SHARE haben gegenwärtig Vorbildfunktion bei vergleichenden Umfragen und Panelstudien. Sie sind deshalb unerlässlich, um dem Bedürfnis nach europaweiten Daten und der Definition von *Best-Practice*-Standards bei Europäischen Umfragen nachzukommen. CESSDA trägt substantiell zu einer

schnellen, europaweiten Datenintegration bei, und CLARIN ist ein wichtiges Instrument, um die Sprachbarrieren zu überwinden. Beide Infrastrukturen unterstützen die gemeinsame Nutzung von Daten und Sprachen. EROHS und DARIAH dienen der Harmonisierung von Datenzugriffsbestimmungen, der Standardisierung des Digitalisierungsprozesses und der Zusammenarbeit zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften.

Zeiten des Umbruchs

1. Schweizerische Geschichtstage | 15.–17. März 2007 | Universität Bern

Erika Flückiger, Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Die Ausschreibung der ersten Schweizerischen Geschichtstage zum Thema «Zeiten des Umbruchs» ist unter Historikerinnen und Historikern der Schweiz und des Auslandes auf grosses Interesse gestossen. Erwartet werden über 180 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland. 44 Panels, die alle Bereiche und Epochen der Geschichte abdecken, setzen sich mit dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel in der Geschichte auseinander. Organisiert werden die Geschichtstage von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte SGG in Zusammenarbeit mit dem historischen Institut der Universität Bern.

Kann Sport die Mentalität der Menschen, die Politik und die Wirtschaft beeinflussen und dadurch Umbrüche einleiten? Ist die Schweiz wirklich ein Land ohne Kolonialgeschichte? Ist die Männlichkeit in der Krise? Stellt der 11. September 2001 einen Umbruch dar? Dies sind nur vier von zahlreichen Fragen, die an den ersten Schweizerischen Geschichtstagen aufgeworfen und diskutiert werden. Ziel der Tagung ist die Vorstellung von Forschungsergebnissen und die Förderung des Gesprächs zwischen der Schweizerischen Geschichtswissenschaft und der internationalen Forschung. Ausserdem sollen junge Nachwuchshistorikerinnen und -historiker die Gelegenheit erhalten, sich zu profilieren, auszutauschen und wichtige Kontakte zu knüpfen.

Der Anlass will eine breite Öffentlichkeit ansprechen und zeigen, was Geschichte als Disziplin in der heutigen Gesellschaft zu leisten vermag und leisten muss.

Spannende Beiträge nationaler Vereine

Am Programm beteiligen sich auch diverse nationale Vereinigungen und Institutionen. So beleuchtet beispielsweise der «Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer» (VSGs) die Problematik des Geschichtsunterrichtes in Zeiten des Umbruchs. Geschichtsbilder sind oft trotz neuer Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft hartnäckig in den Köpfen der Menschen verankert. Der VSGs beleuchtet die Rolle und die Möglichkeit der Schule, diese Bilder und somit auch die kollektive Erinnerung zu beeinflussen. Der Verein «Geschichte und Informatik» behandelt die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsweise der Geschichtswissenschaften. Mit Kontinuitäten und Umbrüchen in der schweizerischen Aussenpolitik von 1945–1964 befasst sich das Panel der «Documents Diplomatiques Suisses» (DDS). Das «His-

torische Lexikon der Schweiz» (HLS) nimmt die historische Lexikographie unter die Lupe und stellt dabei neben seinem Unternehmen auch «Wikipedia» als Beispiel eines interaktiven Nachschlagewerks vor.

Führungen im Schweizerischen Bundesarchiv und in der Schweizerischen Landesbibliothek, im Zentrum Paul Klee und im Historischen Museum runden das Programm ab.

Eine organisatorische Herausforderung

Die Tagung soll mit 400–600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu einem Grossanlass für die Schweizer Geschichtswissenschaft werden. Dies ist nicht nur eine logistische, sondern auch eine finanzielle Herausforderung, denn einmal mehr zeigt sich, dass die Suche nach Sponsoren für geisteswissenschaftliche Veranstaltungen nicht einfach ist. Die Tagungsorganisation dankt an dieser Stelle der SAGW für ihre wertvolle Unterstützung.

Festvorträge und Kultur

Ein attraktives Rahmenprogramm begleitet die Tagung. Für Festvorträge konnten drei international renommierte HistorikerInnen gewonnen werden: Arlette Farge, Forschungsleiterin des Pariser «Centre National de la Recherche Scientifique» (CNRS), Françoise Thébaud, Professorin für Zeitgeschichte der Universität Avignon, und Wolfgang Reinhard, em. Professor für Frühe Neuzeit der Universität Freiburg i.Br., werden sich mit dem Tagungsthema auseinandersetzen.

Weitere Informationen und Anmeldung zur Tagung

Detailinformationen zu einzelnen Panels und zum Rahmenprogramm finden Sie auf der Tagungs-Website www.geschichtstage.ch beziehungsweise www.journeesdhistoire.ch. Anmeldungen zur Tagung sind ab November direkt über die Website möglich.

Achtung: Frühbuche profitieren bis zum 31. Dezember 2006 von einem verbilligten Tarif. Mitglieder der SGG und Studierende erhalten Eintritt zu reduzierten Preisen.

Wechsel im Präsidium der «Archäologie Schweiz»

Urs Niffeler

Man würde kaum glauben, wie schnell drei Jahre vergehen können – namentlich, wenn in diese Zeitspanne bedeutsame Ereignisse fallen.

Anne Hochuli-Gysel wurde an der Generalversammlung vom 14.6.2003 zur Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte SGUF gewählt. Am 24.6.2006, also nach den statutarisch vorgesehenen drei Jahren, gab sie den Stab weiter an Hansjörg Brem. Dazwischen lag eine der wichtigsten Veränderungen, die unser Verein in seiner beinahe hundertjährigen Geschichte vorgenommen hat. An der Jahresversammlung vom 25.6.2005 beschlossen die anwesenden Mitglieder, die SGUF in «Archäologie Schweiz» umzubenennen und den Zweckartikel so anzupassen, dass auch Mittelalter- und Neuzeitarchäologie abgedeckt sind. Für diesen wichtigen Schritt innerhalb eines bereits früher begonnenen und noch immer andauernden Prozesses der Erneuerung und Aktualisierung hatte sich Anne Hochuli-Gysel mit viel Engagement und Geschick eingesetzt – wir wissen ihr Dank dafür.

Seit der Generalversammlung vom 24.6.2006 steht nun Hansjörg Brem an der Spitze der «Archäologie Schweiz». Der neue Präsident dissertierte an der Universität Zürich im Fach Klassische Archäologie. Manche werden ihn noch als Leiter des «Inventars der Fundmünzen der Schweiz» kennen, eine Aufgabe, die er von Dezember 1990 bis Ende März 1996



Anne Hochuli-Gysel,
ehemalige Präsidentin

Hansjörg Brem,
neuer Präsident

erfüllte. Seither ist er Adjunkt im Amt für Archäologie des Kantons Thurgau; parallel dazu präsierte er von 1995 bis 2002 die Gesellschaft Pro Vindonissa. Auch auf Hansjörg Brem warten bei «Archäologie Schweiz» umfangreiche Aufgaben. Erwähnt seien zum einen die Aktivitäten zum hundertjährigen Bestehen der AS, die im «arCHEofestival» vom 9./10.6.2007 in Fribourg gipfeln, einem Grossanlass, an dem Jung und Alt, Fachleute wie Interessierte Archäologie hautnah erleben können. Zum anderen geht der bereits erwähnte Prozess der Erneuerung unseres Vereins natürlich weiter: Die organisatorischen und strukturellen Konsequenzen aus der Änderung von Namen und Zweckartikel sind zu ziehen und die Strategie für die nächsten zehn Jahre Vereinsgeschichte zu erarbeiten und festzulegen. Bei einem solchen Paket werden auch diese drei Jahre im Flug vergehen!

Mises au concours prêtes à être lancées en décembre 2006

Daniela Di Mare, Euresearch

Les mises au concours des projets de recherche en sciences économiques, sociales et humaines (SSH), dans le 7^e programme-cadre de recherche de l'Union européenne, sont prévues pour décembre 2006, avec un délai de dépôt en avril 2007.

La recherche financée dans le contexte du 7^e programme-cadre de recherche répond à un objectif précis: permettre à l'Europe de mieux faire face à ses défis, en dégageant une meilleure connaissance des problèmes identifiés, et en proposant des perspectives et solutions à moyen terme.

Dans le cadre de ce programme, la recherche se caractérise donc par son approche orientée, appliquée, et interdisciplinaire. En effet, pour aborder les questions des migrations et de l'intégration des peuples, de la sécurité et de la qualité de vie des citoyens, des questions démographiques, des valeurs et de la culture européennes, de la croissance et de l'innovation, de la gouvernance politique et économique, toutes les disciplines sont mises à contribution.

Une ébauche déjà bien avancée des quarante thèmes de recherche définis par la Commission européenne, et qui seront mis au concours en décembre de cette année, est connue. Les chercheurs désireux d'obtenir plus d'informations sur ces sujets de recherche sont invités à prendre contact avec Euresearch (cf. plus bas).

Contrairement au 6^e programme-cadre, dont la ligne budgétaire prend fin en 2006 (alors que les projets financés cette année encore peuvent durer jusqu'en 2010), des projets de recherche de taille plus réduite seront privilégiés dès 2007. Il

n'est pas envisagé pour l'instant de financer de grands réseaux visant à structurer l'espace européen de la recherche en réunissant les principaux acteurs, mais bien plutôt de soutenir des projets de recherche ciblés, pourvus au maximum d'un million d'euros et prévus pour durer trois ans.

On est donc loin des très grands projets financés en 2002-2006 (vingt projets intégrés et quatorze réseaux d'excellence, pour un total de 142 millions d'euros). L'objectif de la Commission européenne étant à présent de laisser travailler ces grands réseaux, tout en soutenant en 2007 et 2008 de plus petits projets.

Il est prévu que les quarante thèmes soient mis au concours en décembre 2006, avec un budget de 130 millions d'euros. En principe, aucun appel n'est prévu en 2008, d'où l'importance pour les chercheurs intéressés de saisir leur chance début 2007. Les projets seront soumis en une seule étape (projets complets) pour le mois d'avril 2007. Les négociations de contrats sont prévues en automne 2007.

Pour plus d'informations à ce sujet, n'hésitez pas à prendre contact avec Daniela Di Mare, daniela.dimare@euresearch.ch.

Médecine et sciences humaines. Sciences humaines en médecine: formation et collaboration

Actes du colloque des 4 et 5 mai 2006 à Lausanne, édition ASSH, Berne 2007

Quels apports les sciences humaines et sociales sont-elles en mesure de fournir à la médecine et à sa pratique quotidienne? Comment intégrer les *medical humanities* dans un cursus de médecine? Telles sont quelques-unes des questions qui ont incité des spécialistes de différents domaines des sciences humaines et sociales ainsi que des médecins à partager leurs expériences et leurs points de vue lors du colloque organisé conjointement par l'ASSH et l'Académie suisse des sciences médicales.

Dans le but de prolonger la réflexion abor-

dée lors de cette manifestation, plusieurs conférenciers présents au colloque s'expriment sur diverses thématiques liées aux relations entre sciences humaines et sociales et médecine. Les aspects institutionnels des sciences humaines et sociales en médecine, l'interdisciplinarité, la relation clinique et thérapeutique et les enjeux contemporains de la santé forment les principaux chapitres de l'ouvrage édité par l'ASSH qui paraîtra au mois de janvier 2007.

Die Publikation kann bei Delphine Quadri im Generalsekretariat der SAGW kostenlos bezogen werden: delphine.quadri@sagw.ch, Tel.: 031 313 14 48/40.

Christian Peter und Martine Stoffel: «Open Access und elektronische Publikationen»

Edition SAGW, Bern 2007

Die Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) will im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Umsetzung von *Open Access* beitragen. Mit dieser Publikation geben wir einen Überblick zu den Formen elektronischer Publikationen und wir stellen Massnahmen zur Umsetzung von *Open Access* zur Diskussion. Wir hoffen damit, einen Anstoss zu einer für die Zukunft des Wissenschaftssystems wichtigen Debatte zu leisten.

In einem ersten Teil werden elektronische Publikationen und Publikationsformen im Allgemeinen erläutert, ihr Potenzial und ihre Risiken diskutiert – vor allem mit Blick auf die Forschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Im Vordergrund steht dabei die Frage, wo und wie die Akademie und die Fachgesellschaften von den technischen Entwicklungen der letzten Jahre profitieren

können. Anschliessend werden ein mögliches Modell für eine elektronische Zeitschrift und die Kosten elektronischer Publikationen vorgestellt. In einem zweiten Teil wird *Open Access* thematisiert sowie dessen Umsetzungsmöglichkeiten und die damit einhergehenden Herausforderungen. Nach einem Überblick über die Situation in der Schweiz wird schliesslich auf die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedsgesellschaften und der SAGW selbst eingegangen.

Die Publikation kann bei Delphine Quadri im Generalsekretariat der SAGW kostenlos bezogen werden: delphine.quadri@sagw.ch, Tel.: 031 313 14 48/40.

Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:

Akademievortrag XV
Beatrice Schmid: «Ladino (Judenspanisch) – eine Diasporasprache». Heft XV, Bern 2006, Eigenverlag

Publikation zur Tagung vom 4. und 5. Mai 2006, Lausanne, «Medizin und Humanwissenschaften»

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name _____ Vorname _____

Institut/Firma _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Postfach
Hirschengraben 11
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.
Für weitere Informationen und Termine:

www.sagw.ch
www.assh.ch

Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50
www.sagw.ch, www.assh.ch
E-Mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär
markus.zuercher@sagw.ch 031 313 14 40

Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen
annemarie.hofer@sagw.ch 031 313 14 40

Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit
daniela.ambuehl@sagw.ch 031 313 14 52

Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II
nadja.birbaumer@sagw.ch 031 313 14 47

Immenhauser Beat, Dr., Wiss. Mitarbeiter, Sektion III
beat.immenhauser@sagw.ch 031 313 14 53

Indermühle Gabriela, Administration
gabriela.indermuehle@sagw.ch 031 313 14 42

Kohler Christine, Administration
christine.kohler@sagw.ch 031 313 14 43

Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit
beatrice.kuebli@sagw.ch 031 313 14 51

Quadri Delphine, Administration
delphine.quadri@sagw.ch 031 313 14 48

Stoffel Martine, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique
martine.stoffel@sagw.ch 031 313 14 55

Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I
marlis.zbinden@sagw.ch 031 313 14 46

Bestellschein für den Jahresbericht 2006 der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Ich bestelle Ex. des Jahresberichtes 2006 der SAGW

Ich bin Präsident/in einer Mitgliedgesellschaft und bestelle Ex.
des Internen Jahresberichtes 2006

Je commande ex. du Rapport Annuel 2006 de l'ASSH

Je suis président-e d'une société membre et commande ex.
du Rapport Annuel interne 2006

(die Publikationen sind gratis / les publications sont gratuites)

Name | nom _____

Gesellschaft | société _____

Adresse | adresse _____

Unterschrift | signature _____

*Einsenden an: SAGW, Daniela Ambühl, Hirschengraben 11, Postfach, 3001 Bern
oder an Fax +41 (0)31 313 14 50*

Einsendeschluss ist der 1. März 2007 / A renvoyer jusqu'au 1^{er} mars 2007
Auslieferung Mai 2007 / livraison mai 2007

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Académie suisse des sciences humaines et sociales
Accademia svizzera di scienze morali e sociali
Academia svizra da ciencias morales e socialas
Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

